



**Protokoll der 32. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, 6. Juni 2018, 17:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber

**Namensaufruf:** 37 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderätin Irina Meyer, Gemeinderat Andres Storrer, Gemeinderat Christoph Tschanen

**Mitanwesend:** 5 Stadtratsmitglieder

**Gemeinderatssekretär:** Herbert Vetter

---

**Traktanden**

- 181 Mitteilungen
- 182 Erteilung eines Baurechts an die Stiftung Sandhalle für die Erstellung einer Beachvolleyball-Anlage auf der Kleinen Allmend  
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 183 Anpassung des Zonenplans im Bereich der Ringstrasse 18  
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 184 Geschäftsbericht und Rechnungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr 2017  
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Da ich davon ausgehe, dass wir heute Abend etwas länger diskutieren, werde ich eine Pause einberufen. Es stehen Getränke und Brötli zur Verfügung. Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Erlauben Sie mir erst ein paar persönliche Worte: Ich möchte mich nochmals herzlich für alle guten Wünsche, Geschenke und Begegnungen an meiner Wahlfeier bedanken. Ich sehe das als gutes Omen für unsere Zusammenarbeit im Rat, welche weiterhin mit Respekt und Fairness ablaufen soll. Ich habe gut gestartet und durfte bereits ersten Repräsentationen Folge leisten. Hoch oben auf dem Schloss Wellenberg durfte ich die grandiose Aussicht auf das Thurtal und unsere schöne Stadt geniessen. Ganz nach Mani Matter: "Hie simer dehei, hei's guet u chöi mache, was mer wei."

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Ratspräsidentin fest, dass 35 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18. Die Ratspräsidentin bittet darum, ihr Abwesenheiten per Mail mitzuteilen und den Ratssekretär Herbert Vetter jeweils ins cc zu nehmen.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. Ich stelle die Tagesordnung zu Diskussion. – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

**181**

## **MITTEILUNGEN**

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):**

1. Die einfache Anfrage von Gemeinderat Ralf Frei betreffend „Taxistandplätze in Frauenfeld“ wurde mit Beschluss Nr. 151 des Stadtrats vom 29. Mai 2018 beantwortet.
2. Gemeinderat Roman Fischer hat eine einfache Anfrage mit dem Titel „Verbesserung der Velorouten bei Anlässen und Baustellen“ eingereicht.
3. An Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:
  - neue Sitzordnung per 31. Mai 2018
  - aktuelle Adressliste
  - lachsfarbenes Papier zur Botschaft Nr. 30a Antrag der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration inklusive dem Baurechtsvertrag gemäss GPK vom 3. und 17. Mai 2018
  - lachsfarbenes Papier zur Botschaft Nr. 32 Antrag der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Gesundheit
  - Jahresbericht 2017 der Peregrina-Stiftung

**182**

**ERTEILUNG EINES BAURECHTS AN DIE STIFTUNG SANDHALLE FÜR DIE ERSTELLUNG EINER BEACHVOLLEYBALL-ANLAGE AUF DER KLEINEN ALLMEND EINTRETEN, MATERIELLE BERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG**

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Botschaft Nr. 30 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 6. Februar 2018 und Botschaft Nr. 30a des Stadtrats an den Gemeinderat vom 20. März 2018 sowie das lachsfarbene Papier zur Botschaft Nr. 30a der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration inklusive dem Baurechtsvertrag gemäss GPK vom 3. und 17. Mai 2018 stehen als Grundlagen zur Verfügung. Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung, abschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Wir kommen zum Eintreten.

**Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Da es sich um ein Landgeschäft handelt, fällt es in die Kompetenz der GPK Finanzen und Administration. Die GPK Finanzen und Administration hat an der Sitzung vom 14. März 2018 die Beratung zu diesem Geschäft aufgenommen. Die Botschaft war jedoch unvollständig, es blieben viele Fragen offen und entscheidende Fakten fehlten. Daher wurde die Beratung unterbrochen. An der Sitzung vom 3. Mai 2018 waren für die GPK die Grundlagen gegeben, um die Beurteilung dieses Geschäfts abzuschliessen. Die GPK Finanzen und Administration ist einstimmig für Eintreten.

**Gemeinderat Andreas Elliker (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** In unserer Fraktion ist das Eintreten unbestritten. Wir möchten den Personen, die sich mit viel Herzblut und Einsatz für dieses Projekt einsetzen, ein Lob aussprechen, besonders für ihre Hartnäckigkeit und ihren Ehrgeiz, dieses Projekt Sandhalle auf die Beine zu stellen. Wir waren von diesem Vorhaben nicht von Anfang an begeistert, möchten aber den Initianten herzlich gratulieren, dass sie das notwendige Geld für den Bau zusammenhaben und die Politiker mit harter Knochenarbeit überzeugen konnten. Unsere Bedenken liegen darin, dass diese Anlage einmal einen Heimfall auslösen könnte. Wir vertrauen aber den beteiligten Personen. In der materiellen Beratung werden wir noch einen Antrag zum Baurechtsvertrag stellen.

**Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:** Unsere Fraktion begrüsst und unterstützt das Anliegen einer Beachvolleyball-Anlage als wertvolles Angebot für die Stadt Frauenfeld. Wie in der GPK Finanzen und Administration intensiv abgeklärt wurde, scheint uns das Projekt auf einer soliden finanziellen und rechtlichen Basis zu stehen. Wir unterstützen dieses Anliegen gern und sind einstimmig für Eintreten.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Wir begrüssen Gemeinderat Robin Kurzbein und sind somit 36 Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, das absolute Mehr beträgt 19.

**Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Das vorliegende Projekt Beachhouse ist zweifelsohne ein spannendes Projekt und dürfte zu einer Bereicherung des städtischen Angebots führen. Trotzdem oder gerade deshalb muss genau hingeschaut werden. Wir dürfen heute über die Erteilung des Baurechts zu dieser Beach-Anlage beraten. Trotz der Länge der erhaltenen Botschaft standen bereits von Anfang an sehr viele Fragen im Raum. Leider muss an dieser Stelle gesagt werden, ist dies auch deshalb der Fall, da die Botschaft, welche dem Gemeinderat vorgelegt wurde, nicht vollständig war. Insbesondere Fragen zur Finanzierungshöhe sowie allfällige weitere Beiträge seitens Stadt Frauenfeld führten zu grösseren Diskussionen. Mit der Ergänzung der vorliegenden Botschaft sowie der Tilgung von anfänglichen Fragen bezüglich Risiken sind wir als Fraktion der Meinung, dass am Anfang etwas gar tief gestartet wurde und die resultierende Subvention beträchtlich ausfällt. Jedoch wird dies durch den Nutzen und die engagierte wie gute Arbeit der Initianten wettgemacht. Deshalb sind wir in unserer Fraktion einstimmig für Eintreten. Weiter ist das Projekt wie eingangs erwähnt eine weitere Bereicherung für unsere Stadt, welche wir als Fraktion unterstützen möchten und so mit Anträgen aus der Botschaft zustimmen werden.

**Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Das von privater Hand initiierte Projekt für die Erstellung einer Beachvolleyball-Anlage mit dem Ziel, auf der Kleinen Allmend eine multifunktionale Sportanlage zu bauen, ist sehr begrüssenswert. Wir gratulieren hier den Initianten zu ihrer Idee und Tatkraft, ein solches Projekt voranzutreiben. Beachvolleyball ist eine Sportart für Jung und Alt und wird zunehmend populärer. Die Frauenfelder Beach-Anlagen in der Badi und in der Kanti sind regelmässig gut besucht. Die Sandsportanlage ist eine optimale Ergänzung für die Sportanlagen auf der Kleinen Allmend. Es bieten sich hier neue Möglichkeiten für Sportlager und Trainingscamps, da in unmittelbarer Nähe diverse Sportanlagen für Fussball und Leichtathletik, die Turnfabrik, die Eishalle und die Tennishalle sowie der Schwingkeller vorhanden sind. Auch kann die geplante Anlage ohne grossen Aufwand in ein Beachsocket-Feld umgewandelt werden oder für andere Anlässe wie Kurse, Wettkämpfe und dergleichen. Auch das geplante und ergänzende Seminar- und Sportmedizinangebot wertet die Anlage auf. Auch die anderen Vereine, sei es der Eishockeyklub, Fussballklub, Leichtathletikklub und die Turnfabrik können davon profitieren. Synergien können also von verschiedener Seite genutzt werden. Die Anlage ist nicht nur für den Spitzensport geeignet, auch Breitensport und Schulsport können profitieren. Für Frauenfeld ist dies eine Win-win-Situation und stärkt die Attraktivität unserer Stadt. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und stimmt den Anträgen des Stadtrats und der GPK im Grundsatz zu. Hierzu ist anzumerken, dass Gemeinderat Lerch in der materiellen Beratung noch einen Antrag in eigenem Namen einbringen wird zum Baurechtsvertrag, den wir einstimmig unterstützen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Wir begrüssen Gemeinderätin Anita Bernhard Ott und sind somit 37 Gemeinderäte und das absolute Mehr beträgt immer noch 19.

Aus den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist. Wir kommen nun zur materiellen Beratung. Da uns verschiedene Anträge angekündigt wurden, bitte ich, am Anfang Ihres Votums kurz zu erläutern, ob Sie Bemerkungen allgemeiner Natur haben oder dann bitte nennen Sie uns Seite und Artikel des Baurechtsvertrags gemäss GPK Finanzen und Administration.

**Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Die GPK Finanzen und Administration ist der Ansicht, dass die Stadt Frauenfeld Land zu einem vergünstigten Preis für das vorliegende Projekt abgeben soll. Es ist jedoch festzuhalten, dass es sich bei diesem Projekt um eine sehr hohe Subvention im Umfang von knapp 900'000 Franken über 30 Jahre handelt. In der Botschaft ist zu lesen, dass im Zusammenhang mit diesem Projekt auch die Turnfabrik ihren Bau erweitern würde, sofern das Projekt mit der Sandhalle zustande kommt. Die Kosten dafür würde die Turnfabrik aufbringen. Mit der Botschaft Nr. 30 sind in der GPK Finanzen und Administration im Wesentlichen vier Fragen offen geblieben.

1. Die Begründung und Herleitung des jährlichen Baurechtszinses mit Landwertschätzung und angewendetem Zins: Diese Angaben wurden mit der Ergänzung in der Botschaft Nr. 30a zu unserer Zufriedenheit nachgeliefert.
2. Der aktuelle Stand der Finanzierung des Projekts war aus Sicht der GPK ungenügend dokumentiert. Ebenso der Betriebsfinanzierungsplan und die Annahmen und Referenzen, denen die Berechnungen zugrunde liegen. In der Botschaft auf Seite 13 steht zwar, dass die Anlage erst gebaut wird, das heisst, der Baurechtsvertrag unterschrieben wird, wenn die Finanzierung sichergestellt ist. Trotzdem ist es für die GPK entscheidend, dass das Projekt realistisch aufgestellt ist und finanziell auf gesunden Beinen steht. Die fehlenden Angaben wurden der GPK nachgeliefert, machen einen guten Eindruck und sind sehr ausführlich. Die Initianten haben sich intensiv und engagiert mit dem Geschäft befasst.
3. Die Stiftungsurkunde und Angaben über Steuerbefreiung und Gemeinnützigkeit fehlten. Auch diese Angaben wurden nachgeliefert. Im der GPK vorliegenden Auszug aus der

Stiftungsurkunde ist festgehalten, die Stiftung ist gemeinnützig und verfolgt keine kommerziellen Zwecke. Zudem ist der Verein Sandhalle Frauenfeld seit 2017 in die Liste der gemeinnützigen Organisationen aufgenommen worden. Für die Stiftung ist dies offenbar in Vorbereitung. Auch mit den Anpassungen im Baurechtsvertrag, deren Entwurf auf dem lachsfarbenen Papier beiliegt, bezweckt die GPK, dass nur gemeinnützige Projekte unterstützt werden.

4. Beitrag der Stadt an die Sportunterkunft: Es sind Gerüchte aufgekommen, dass die Initianten neben der sehr grosszügigen Subvention via Baurecht noch in Betracht ziehen, weitere finanzielle Unterstützung der Stadt Frauenfeld zu beantragen. Um diese Zweifel aus der Welt zu räumen, wollte die GPK in dieser Frage Klarheit schaffen. Die Stiftung Sandhalle hat daraufhin schriftlich versichert, dass sie auch künftig darauf verzichten werde, einen Antrag zur Unterstützung der Sportunterkunft an die Stadt Frauenfeld zu stellen. Es ist somit klar, dass es auch in Zukunft kein Geld von der Stadt Frauenfeld für dieses Projekt gibt.

Sie haben ein lachsfarbenedes Papier erhalten. Damit will die GPK sicherstellen, dass auch bei einem Konkurs oder Wechsel der Betreiberin der Anlagen nur gemeinnützige und steuerbefreite Institutionen unterstützt werden. Zudem soll eine Übertragung des Baurechts nur mit Zustimmung des Gemeinderats erfolgen können. Der Fall des Konkurses und dessen mögliche Risiken für die Stadt wurden intensiv diskutiert und als vertretbar erachtet. Die Stadt soll nur gemeinnützige Institutionen unterstützen. Wenn das nicht mehr der Fall sein sollte, zum Beispiel im Fall eines Konkurses, ändert sich die Situation. Dann müssen Anpassungen an Zins und eine Mitsprache des Gemeinderats möglich sein. Die GPK Finanzen und Administration ist der Ansicht, dass die geplante Anlage Frauenfeld bereichert und einen Beitrag zur Jugendarbeit leistet und darum unterstützt werden sollte. Die GPK ist einstimmig für Annahme der Anträge 1, 2 und 3 der Botschaft Nr. 30a bzw. dem lachsfarbenen Papier. Das geplante Vorhaben ist ambitiös, aber aus unserer Sicht realistisch. Wir wünschen den Initianten viel Erfolg.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Auch wir haben uns sehr gefreut über die Initiative der Initianten dieser Beach-Halle. Es war förmlich spürbar, wie viel Energie und Begeisterung sie aufbringen und es war auch beeindruckend, wie viel Zeit und Geld sie ganz persönlich schon im Vorfeld in dieses Projekt investiert haben. Es war das Funkeln in ihren Augen, das letztendlich auch einen grossen Teil ihrer Überzeugungskraft ausgemacht hat. Das sind Leute, die von ihrem Projekt überzeugt sind.

Wir haben in der Fraktion natürlich auch kritische Fragen gestellt und unsere Fragen wurden überzeugend beantwortet. Wir sind zur Einsicht gekommen, es ist ein professionell vorbereitetes und durchdachtes Projekt, das unser Vertrauen verdient. Kurz zu den Themen und Fragen, die natürlich ähnlich sind wie in den anderen Fraktionen.

Eine Frage, die wir stellten, war bezüglich des Mehrwerts für die Stadt Frauenfeld. Es wird ja wie schon gesagt ein beträchtlicher Betrag subventioniert, über die 30 Jahre knapp 900'000 Franken in ein notabene privates Projekt. Darum war unsere Frage: Wird diese Sandhalle von irgendwelchen Sandhalle-Freaks aus der ganzen Ostschweiz genutzt und unsere Frauenfelder schauen die Halle nur von aussen an? Da wurde uns versichert, das Gespräch mit den Schulen sei schon gesucht worden und es bleibt zu hoffen, dass dem auch so ist, dass jeder Frauenfelder Schüler einmal in dieser Sandhalle auch Volleyball oder Beachsoccer spielt und diese Halle auch von innen sieht. In der Vision ist ja vorgesehen, dass diese Halle ein Treffpunkt für Vereine und Familien wird. Ich weiss nicht genau, ob da Sandburgen-Competitions oder irgend so etwas geplant sind, aber auch hier war eine Begeisterung dafür da, dass man der Stadt mit dieser Sandhalle wirklich etwas bieten möchte. Es hat uns gepackt, dass wir den Initianten glauben, dass durch das Projekt wirklich ein grosser Mehrwert für unsere Stadt entstehen wird und unsere Stadt bereichert.

Die weiteren Fragen wurden schon erwähnt. Der Bedarf ist sorgfältig abgeklärt worden, ein Ausstiegsszenario wurde vorbereitet, die Frage der Gastronomie hat uns bewegt mit den ver-

schiedenen Gastroangeboten, die es schon gibt. Da haben sie sich gute Gedanken gemacht und unsere Fragen wurden zur Zufriedenheit beantwortet.

Wie schon gesagt, die Fraktion CVP/EVP ist überzeugt, dass das Projekt unser Vertrauen verdient. Wir stehen einstimmig hinter der Erteilung des Baurechts und den damit verbundenen Anträgen.

**Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Ich äussere mich zu einem Detail, das nicht direkt den Verein der Beach-Halle betrifft, sondern die Mobilität. Das geplante Beachhouse ist kein Ersatz für ein bestehendes Sportangebot in Frauenfeld, sondern ein neues Angebot. Damit befürchten wir, dass die grosse Mehrheit der Fahrten zum und vom Beachhouse Mehrverkehr darstellt. Und Mehrverkehr soll ja gemäss Mobilitätskonzept 2030 der Stadt Frauenfeld zu 50 % zu Fuss sowie mit Velo und E-Bike bewältigt werden. Weitere 40 % sollen durch ÖV, in diesem Fall wohl meist durch Stadtbuss und Postauto, und nur zu 10 % durch den motorisierten Individualverkehr abgedeckt werden. In der Botschaft zum Beachhouse wird der Verkehr aber in umgekehrten Proportionen abgehandelt. Auf zwei von zweieinhalb Seiten sind Parkplätze das Thema. Nur gerade mickrige drei Zeilen betreffen ausschliesslich den ÖV, die Fussgänger und die Velofahrenden. Warum kommt aus dem Stadtrat eine solche Botschaft, die zwar ein unterstützungswürdiges Projekt ermöglicht, aber andere Ziele der Stadt unterläuft? Zielkonflikte gehören zum täglichen Leben. Oft ist eine Priorisierung unausweichlich. Aber wenn Einzelprojekte den Zielen von umfassenden Konzepten zuwiderlaufen, gehört das mindestens transparent aufgezeigt. Es macht den Anschein, dass sich die Stadt in diesem Fall wenig bis keine Gedanken zur Verlagerung des Verkehrs auf ÖV, Fussgänger und Velo/E-Bike gemacht hätte. Aus unserer Sicht müssten bei einem solchen Projekt mindestens die folgenden Themen fundiert geprüft werden:

Thema 1 Veloabstellplätze: Zu den Veloabstellplätzen bleibt die Botschaft unklar. Auf dem Plan auf Seite 9 sind keine Veloparkplätze direkt beim Beachhouse eingezeichnet. Auf Seite 10 werden zwar grosszügige Veloparkplätze erwähnt, aber nach meiner Lesart sind die nur vorzusehen, wenn es zu Engpässen bei den Autoparkplätzen kommen sollte. Die Erwartung unserer Fraktion ist klar: Es müssen direkt beim Beachhouse genügend überdachte und auch sonst dem heutigen Standard entsprechende Veloparkplätze erstellt werden. Wir bitten den Stadtrat, entsprechend seiner Möglichkeiten zum Beispiel bei der Baubewilligung darauf Einfluss zu nehmen.

Thema 2 Erreichbarkeit: Bevor ich auf die Erreichbarkeit zu sprechen komme, möchte ich noch anmerken, dass in der Botschaft verschiedene Konzepte in verschiedenen Ausarbeitungsstadien erwähnt werden. Meine Fragen dazu: Ist das städtebaulich abgestützte Gesamtkonzept für die zukünftige Nutzung der Kleinen Allmend das gleiche wie das Sportanlagenkonzept für das ganze Areal der Kleinen Allmend? Und ist dieses Konzept nun fertiggestellt oder noch in Ausarbeitung? Die Botschaft ist in diesem Punkt widersprüchlich. In der Botschaft wird erwähnt, dass im Rahmen des Sportanlagenkonzepts ein Weg- und Parkplatzkonzept erstellt wurde. Wo kann man dieses einsehen?

Nun zur Erreichbarkeit: Auf dem Plan auf der Seite 9 sind neue Fussgängerverbindungen im Rahmen des Sportanlagenkonzepts eingezeichnet. Diese scheinen aber einseitig auf die Erschliessung der Parkplätze ausgerichtet zu sein. Unsere Erwartung ist, dass die Wege zum Beachhouse auf die Bedürfnisse aller Fussgänger, also auch jenen von ÖV-Haltestellen und anderen Start- und Zielorten geprüft werden. Ebenso sollen auch die Radfahrenden auf schnellen und sicheren Routen zum Beachhouse gelangen können.

Thema 3 Förderung des Umstiegs auf ÖV: Wie stellt sich der Stadtrat vor, dass der Anteil mit ÖV-anreisenden Beachhouse-Besuchern maximiert werden kann? Neben der Parkplatzbewirtschaftung können wir uns vorstellen, Betreiber solcher Anlagen zu verpflichten, dass mit einem Eintritt auch ein Ticket für die Ostwind-Tarifzone von Frauenfeld abgegeben werden muss, so wie das mindestens früher in gewissen Geschäften der Innenstadt gemacht wurde. Weitere bessere Ansätze sind natürlich willkommen. In Zukunft würden wir uns freuen, wenn bei Projekten, die Verkehr verursachen, die Erreichbarkeit für Fussgänger und Radfahrende, optimale Veloabstellplätze und auch die Nutzung des ÖV mindestens so detailliert geprüft werden wie die Lö-

sungen für den motorisierten Individualverkehr. Das war jetzt ein bisschen viel Klage und Wünsche, dass soll nichts daran ändern, dass wir das Projekt Beachhouse einstimmig unterstützen.

**Gemeinderat Andreas Elliker (SVP), Referent im Namen der SVP/EDU:** Wie schon beim Eintreten angekündigt, stellen wir den Antrag zur Ergänzung des Baurechtsvertrags.

S. 4 des Baurechtsvertrags Ziff. 5. Weitere Bestimmungen: Der Baurechtsvertrag zwischen der Stadt und der Stiftung Sandhalle sei wie folgt zu ergänzen: „Die Baurechtsberechtigte sorgt dafür, dass die Betreibergesellschaft vertraglich verpflichtet wird, alle Gewinne nach Abzug der Steuern, einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung und nach der Bildung angemessener Reserven an die Baurechtsberechtigte abzuliefern, also an die Stiftung.“ Es ist uns sehr wichtig, dass dies klar und präzise geregelt ist, damit nicht durch eine Subvention der Stadt Gewinn abgeschöpft wird. Der Gewinn, nochmals betont, soll der Stiftung zukommen. So wie es aussieht, ist die erste Betriebsgesellschaft eine GmbH. Falls eine neue Betriebsgesellschaft gesucht werden muss, ist eine Vergabe klar mit dem Baurechtsvertrag festgeschrieben. Denn in 15 Jahren werden nicht mehr viele Gemeinderäte des heutigen Rats im Parlament aktiv sein. Die Stiftung ist die Baurechtsnehmerin und steht für die Gemeinnützigkeit. Diese Gemeinnützigkeit soll nicht umgangen werden. Die früheren Baurechtsverträge wurden vom Frauenfelder Stadtrat genehmigt, was auch in seiner Kompetenz liegt. Aus diesem Grund ist es für uns nicht möglich zu beurteilen, welche Verträge dort vorhanden sind.

Ich schalte ein kurzes persönliches Votum ein als Reaktion auf meinen Gemeinderatskollegen Roman Fischer: Ich kenne die Kleine Allmend sehr gut, ich kenne die Verhältnisse, ich bin seit kleiner Junge dort als Leichtathlet aktiv. Das ganze Konzept der Beach-Halle, des Beachhouse von den Initianten wie auch der Stadt wurde klar aufgezeigt, wie der Veloverkehr, wie die Laufwege zu diesem Beachhouse erfolgen werden. Es ist immer noch möglich und es muss auch möglich sein, dass ein Velofahrer, um zum Beachhouse zu gelangen, 50 bis 100 Meter läuft. Das ist einer Person zumutbar. Bei den Autos ist es etwa gleich und auch zumutbar, wenn ich die Bilder anschau. Aber ich bin am Sprechen, ich falle euch auch nicht einfach ins Wort, das möchte ich euch sagen. Dadurch finde ich, dass der Stadtrat zu diesem Punkt seine Arbeit gemacht hat. Und das Postauto ist auch nicht weit davon weg. Auf der Thurstrasse befindet sich eine Haltestelle, die einen relativ nahen Zugang zu dieser Sportanlage bietet. Der öffentliche Verkehrsanschluss ist somit gewährleistet.

Zurück zum Votum der Fraktion SVP/EDU: Wir sind einstimmig für den Baurechtsvertrag mit dieser Ergänzung. Weiter wünschen wir den Initianten gutes Gelingen, viel Erfolg auf dem weiteren Weg mit der Sandsporthalle Frauenfeld.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Ich schlage vor, dass wir den Antrag der Fraktion SVP/EDU jetzt diskutieren. Wünscht jemand aus den Fraktionen dazu das Wort?

**Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Private wollen ein gutes Projekt, welches für die Stadt Frauenfeld eine positive Aussenwirkung haben wird, realisieren. Ohne Beiträge von Steuerzahlern ausser einem Einnahmenverzicht. Mit dem Grundstück erzielen wir im Moment auch keine grösseren Einnahmen. Dies verdient Lob und Anerkennung. Falls das Projekt erfolgreich läuft und allenfalls sogar Gewinn erzielt wird, dann ist es umso besser. Dies hilft der längerfristigen Existenz. Natürlich ist es wünschenswert, dass allfällige Gewinne in der Betriebsgesellschaft bleiben oder an die Stiftung überwiesen werden. Wir sind aber zuversichtlich, dass die Verantwortlichen der beiden juristischen Personen dies sowieso geplant haben, ohne dass etwas im Baurechtsvertrag steht.

2. Der Antrag ist wenig aussagekräftig und lässt einen grossen Interpretationsspielraum. Und somit besteht auch Konfliktpotenzial. Wir halten im Baurechtsvertrag etwas fest, das zwischen der Baurechtsnehmerin und der Betreibergesellschaft gelten soll, und dies ohne Mitwirkung der Betreibergesellschaft.
3. Wer ist für die Umsetzung und Überprüfung dieser Bestimmung zuständig? Ich befürchte, dass damit ein Papiertiger geschaffen wird, welchem keine Beachtung geschenkt wird, und zwar nicht aus böser Absicht, sondern wenn in einigen Jahren dann vielleicht einmal Gewinn erzielt wird, niemand mehr an diese Bestimmung denkt.

Aus unserer Sicht kann das vom Antragsteller formulierte Anliegen mit einer Bestimmung nicht sinnvoll umgesetzt werden. Darum bitten wir Sie, den Antrag abzulehnen.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH):** Ich bitte Sie, den Antrag Elliker/SVP zu unterstützen. Wie die Antragsteller gesagt haben, geht es darum, dass man bei einer Subventionierung eines Landgeschäfts in beträchtlichem Ausmass dafür sorgt, dass die Voraussetzungen für diese Subventionierung, nämlich die Gemeinnützigkeit, gegeben ist. Darüber haben wir uns in der GPK ausführlich unterhalten und haben zusätzliche Unterlagen verlangt, dass wirklich bewiesen, erstellt und klar ist, dass man diese Gemeinnützigkeit absichert. Ich bin anderer Meinung als mein Vorredner, der sagt, die werden das dann schon richtig machen. Kollege Lerch hat ja auch mit juristischen Geschichten, vor allem mit Baurechtsverträgen zu tun, er weiss sicher, das sind ja vertragliche Regelungen, die vor allem auch dazu da sind, dass wenn es zum Streit kommt, man eine Bestimmung hat. Wenn man nichts geregelt hat, ist es vorbei, dann kann man gar nichts machen. Aber hier hat man einen Notnagel und alle wissen, dass das verlangt wird, dass es so gedacht ist und dass man sich daran halten muss. Darum geht es. Wir glauben auch, dass es so läuft, aber wir wollen es absichern. Und wir wissen ja auch nicht, was in zehn oder 15 oder 25 Jahren passiert ist. Es gibt noch andere Bestimmungen in diesen Vertrag, wo auch nicht ganz genau geregelt ist, wer, wann, wie, was, welchen Punkt regelt. Das ist grundsätzlich so, wenn es ein Problem gibt, ist der Stadtrat am Drücker und er muss dafür sorgen, dass der Baurechtsvertrag durchgesetzt wird. Das ist eine operative, eine exekutive Aufgabe. Wir gehen aber auch davon aus, dass das in guten Treuen funktionieren wird. Sie haben gehört, wie wir das in der GPK miteinander auf ein gutes Gleis gebracht haben, damit am Schluss alles da ist und alles stimmt. Ich sehe überhaupt kein Problem mit dieser Absicherung. Es soll eine Absicherung sein und die muss, das möchte ich schon noch betonen, ganz klar im Baurechtsvertrag drin sein. Das ist der absolut richtige Ort. Die gemeinnützige Stiftung ist gegenüber der Stadt rechtlich nur insoweit verpflichtet, als dies eben im Baurechtsvertrag steht. Die Betreibergesellschaft, die offenbar eine gewinnorientierte GmbH sein soll, das ist nicht ausgeschlossen, da haben wir auch nichts dagegen, ist gegenüber der Stadt überhaupt nicht verpflichtet, nur gegenüber ihrem Vertragspartner, also der Stiftung. Die Klausel gehört deshalb in den Baurechtsvertrag hinein und dort verpflichtet sich die Stiftung gegenüber der Stadt, in ihrem Vertrag mit der Betreibergesellschaft diese zu verpflichten, allfällige Gewinne an die Stiftung abzuliefern. Sauber, logisch, klar. Einen gewissen Interpretationsspielraum hat es, aber die Klausel wird so definiert, im Fernwärmereglement haben wir sie genau gleich formuliert und niemand von der FDP hat gesagt, da sei ein zu grosser Interpretationsspielraum. Das spielt dann auch wieder in guten Treuen. Es ist nicht die Meinung, dass die Stadt jedes Mal hingehet und sagt, der Gewinn ist 735.25 Franken höher und der muss jetzt abgeliefert werden. Sondern es geht wie gesagt darum, dass wir hier eine Absicherung drin haben. Auch die SVP hat mit den Betreibern gesprochen und es wurde auch geschaut, dass die Steuern selbstverständlich abgezogen sind, dass man das Eigenkapital angemessen verzinsen kann und auch Reserven bilden kann. Es ist also für die Betreibergesellschaft gesorgt, dass sie ihre Aufgaben machen kann. Und wenn darüber hinaus etwas übrig bleiben sollte, soll das zurück in die Stiftung und die Stiftung wird es gemeinnützig einsetzen. Und auch da sagen wir sicher nicht, wie sie das machen soll, da glauben wir, dass sie das gut machen wird.

**Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im eigenen Namen:** Wir haben heute ein super Geschäft und alle sagen, es ist ein gutes Geschäft, aber ich weiss nicht, welches die richtige Einstellung dazu ist. Am Anfang war ich gleicher Meinung wie Gemeinderat Elliker und hätte dem Antrag der Fraktion SVP/EDU zugestimmt. Aufgrund des Votums der FDP ändere ich jetzt aber meine Meinung, und zwar aus folgendem Grund:

Es gibt zwei Szenarien: Wir gehen davon aus, die Leute, die das machen, sind fähig, verdienen viel Geld und werden reich und die Stiftung läuft neben her. Das zweite Szenario: Die Leute, die das machen, haben Pech und das Ganze geht Hops. Nun gibt es aber noch etwas anderes. Es kann sein, dass die Leute Mühe haben, Nachwuchs zu finden, dass die Leute ein bisschen müde werden, dann müssen Sie sich die Situation vorstellen, dass die Betreibergesellschaft neue Leute suchen muss, welche das jetzt machen. Wenn Sie in so eine Betreibergesellschaft einsteigen würden – eine GmbH gründen kostet 20'000 Franken, eine Aktiengesellschaft 100'000 Franken – und Sie bekommen nichts. Es ist von Anfang an klar, dass Sie alles an die Stiftung abgeben müssen. Das ist der Grund, warum ich den Antrag ablehne, weil ich sage, es kann sein, dass die Sandhalle Mühe hat, ein neues Konzept braucht und dann vielleicht eine neue Betreibergesellschaft, welche neue Ideen hat und diese verwirklichen möchte. Nach wie vor bleibt die Stiftung Vertragspartner und kann zugunsten der Stadt einen gewissen Einfluss nehmen. Ich glaube, dort steht immer noch gemeinnützig drauf und davon gehe ich aus. Aber ich lehne den Antrag ab, weil das eintreten kann und dann sind wir froh, wenn ein anderer den Karren reist und am Schluss auch ein Geschäft aus der Sandhalle macht. Wenn es nicht mehr gemeinnützig ist, ist es auch ein anderer Baurechtszins. Das ist der Grund, weshalb ich den Antrag ablehne.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:** Die Fraktion SP/GWB/Juso wird dem Antrag der Fraktion SVP voraussichtlich zustimmen. Ich kann Kollege Geiges nicht ganz folgen. Denn auch wenn ein neuer Betreiber ans Ruder kommt, es können Löhne ausbezahlt werden, die Leute, die dann am Ruder sind, können arbeiten, können sich etwas auszahlen. Es geht hier ja um die Gewinne, die abgeschöpft werden in die Stiftung. Die Stiftung wiederum könnte aber auch neue Ideen der Sandhalle umsetzen und aktivieren. So denke ich, sind Projekte weiterhin möglich.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH):** Das eine hat mir Kollege Frey gerade aus dem Mund genommen. Es ist ja nicht so, dass die dort alle gratis arbeiten müssen. Es ist nicht nur mit den Löhnen so, sondern auch mit denjenigen, die investieren. Eine Eigenkapitalverzinsung ist ja ausdrücklich gewährleistet. Was Kollege Geiges nicht beachtet hat, das ist eigentlich der Normalfall. Wir geben jemandem ein Stück Land – hochsubventioniert –, damit dort etwas betrieben werden kann. Das ist die Idee. Wir geben das nicht, damit sie es kaufen können. Das Kaufen ist nur die Voraussetzung, dass etwas betrieben werden kann. Und wir geben es wegen der Subventionierung an einen gemeinnützigen Verein. Der Normalfall ist, dass diese gemeinnützige Baurechtsnehmerin das auch betreibt. Wir haben hier den Spezialfall, dass sie es jemand anderem gibt und das soll möglich sein, aber es ist völlig klar, dass die auch gemeinnützig sein sollte. Und wenn sie es nicht ist, dass eben der Gewinn in der Gemeinnützigkeit bleibt.

**Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP):** Fragen wir uns doch einmal, über was wir hier genau debattieren. Wir beraten jetzt darüber, ob wir ein Baurecht abgeben, und wir beraten darüber, ob wir es zu speziellen Konditionen abgeben. Wieso machen wir das überhaupt? Was ist der Grund? Wenn wir das machen, ist für mich klar, dann rechnen wir uns davon einen Nutzen für die Allgemeinheit und die Stadt Frauenfeld aus. Wenn wir dem zustimmen und sagen, wir sehen diesen Nutzen und dieser Nutzen ist den Preis wert, dann ist es völlig irrelevant, wie der Nutzen generiert wird. Es ist auch völlig irrelevant, ob Gewinn generiert wird oder nicht. Wir geben es vergünstigt, weil wir einen Nutzen sehen, und solange dieser da ist, ist es unabhängig, wie er generiert wird.

**Gemeinderat Stefan Geiges (CVP):** Ich weiss schon, dass man Löhne ausbezahlen kann und alle zufrieden sind. Ich bin Unternehmer. Was haben Sie das Gefühl, ich will meinen Lohn? Was haben Sie das Gefühl, wenn ich von meinen 60 Leuten auf 120 aufstocke, dann brauche ich nicht Lohn, dann brauche ich Gewinn. Und wenn hier ein Restaurant nicht läuft und einer kommt und hängt sich rein, für die Leute, die wissen, was es heisst, ein Restaurant zu führen, dann will der Gewinn und sicher nicht nur den Lohn. Ich glaube, die Leute, die das wollen, sind dünn gesät. Wenn wir so einen finden, schon jetzt ganz herzlichen Dank an diesen Menschen. Aber wir reden von Unternehmertum. Und das ist Gewinn. Und das ist das, was den Wohlstand in unserem Staat sichert.

**Stadtrat Ruedi Huber (SVP):** Ich kann die Gründe für den Antrag von Gemeinderat Andreas Elliker und von Peter Hausammann – verkürzt gesagt von der „grossen Koalition“, die wir hier im Parlament haben – grundsätzlich nachvollziehen. Ich kann notfalls auch mit einer Zustimmung des Gemeinderats leben. Wir müssen uns aber einfach auch bewusst sein, die Chance, dass es zu diesem „Problem“ kommt, dass zu viele Gewinne erwirtschaftet werden, ist im Betrachtungsraum der 30 Jahre vermutlich relativ klein. Die Probleme sind eher auf der anderen Seite. Der Antrag leistet sicher auch keinen Beitrag zur Vereinfachung der administrativen Abläufe, diese müssen durch solche Vereinbarungen ab und zu geprüft und allenfalls durchgesetzt werden. Wenn Sie heute zustimmen, dann erwarte ich das Gleiche und die gleichen Vorgaben bei anders gelagerten Projekten, die noch folgen werden, wo wir auch vergünstigt Land an andere Organisationen abgeben.

### **Abstimmung**

Der Antrag der Fraktion SVP/EDU wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Der Baurechtsvertrag gemäss GPK Finanzen und Administration wird um den entsprechenden Artikel erweitert.

**Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:** Wie schon beim Eintreten erwähnt, unterstützt unsere Fraktion das Projekt. Die finanzielle und rechtliche Basis wurde intensiv abgeklärt und steht unserer Einschätzung nach auf soliden Beinen, sodass wir dazu keine langen Worte verlieren möchten. Wir verlassen uns auch auf die Abmachung, dass seitens der Initianten des Projekts keine weiteren Forderungen an die Stadt kommen. Es gibt nun unsererseits einige Anmerkungen.

Seitens der Stadt erwarten wir, dass das schon angekündigte Sportanlagenkonzept möglichst bald fertiggestellt und präsentiert wird. Es ist wichtig, dass unsere Stadt eine einheitliche Strategie und Vision in diesem Bereich erstellt, sodass kein Flickwerk entsteht. Insbesondere braucht es auch eine Abstimmung mit den entsprechenden Konzepten des Kantons, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Weiter sehen wir als wichtigen Teil des Konzepts die Beachtung des Verkehrs. Es sind zwar viele Parkplätze in diesem Bereich vorhanden, jedoch werden diese nicht bewirtschaftet. Und auf diese Parkplätze scheint momentan die Verkehrserschliessung zu fokussieren. Unserer Meinung nach ist es viel wichtiger, ein Gebiet wie die Kleine Allmend auch mit dem ÖV gut zu erschliessen. Die aktuellen Haltestellen sind jedoch zu weit weg und damit unattraktiv. Hier sehen wir dringend Handlungsbedarf. Auch Veloparkplätze, insbesondere überdachte, sind unserer Meinung nach zu wenige vorhanden. Wir bitten den Verein Sandhalle, dies bei der Planung zu berücksichtigen und erwarten von der Stadt bei der Baubewilligung, darauf ebenfalls ein Augenmerk zu haben.

Sehr gut finden wir, dass die Anlage auch den umliegenden Schulen als Ergänzung des Schulsportangebots zur Verfügung steht und würden uns wünschen, dass die Frauenfelder Schulen

im Gegensatz zur Erteilung des Baurechts durch die Stadt die Anlage zu günstigen Konditionen benützen können. Ebenso begrüßen wir die geplante Nachwuchsförderung sowie das Angebot einer kostengünstigen Sportunterkunft in diesem Gebiet.

Die Fraktion SP/GWB/Juso ist in diesem Sinn einstimmig für die Erteilung des Baurechts. Wir möchten den Initiatoren des Projekts für ihr Engagement danken und wünschen viel Erfolg.

**Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im eigenen Namen:** Um es vorwegzunehmen, ich bin dafür, dass der Stiftung Sandhalle ein Baurecht auf der Kleinen Allmend eingeräumt wird. Ich hoffe, dass auch die Mehrheit des Rats sich dieser Meinung anschliesst. Die Sandhalle wird das umfangreiche Sportangebot in der Stadt Frauenfeld noch weiter vergrössern. Zudem kommt dieses Projekt aus einer privaten Initiative, was zu begrüßen und zu unterstützen ist. Der Abschluss von Baurechtsverträgen, insbesondere von selbstständigen und dauernden Baurechten ist eine heikle und für viele eine sehr schwierige Angelegenheit. Ich masse mir als Grundbuchverwalter im Bezirk Frauenfeld ein Urteil darüber an. Es stellt sich oft bei genauer Prüfung eines Geschäfts heraus, dass eine Regelung, welche Sinn machen würde, noch fehlt oder eine vorgesehene Regelung rechtlich nicht möglich oder unklar formuliert ist. Diese Punkte kommen oft erst bei der Ausarbeitung des Vertrags durch das Grundbuchamt zum Vorschein und es müssen dann Lösungen gesucht werden. Dies ist eigentlich auch immer möglich. Im vorliegenden Fall hat der Stadtrat lediglich als Verhandlungsgrundlage einen Entwurf eines Baurechtsvertrags erstellt. Dieser Vertrag wurde dem Grundbuchamt bis heute nicht vorgelegt, was auch nicht notwendig ist, wenn der Gemeinderat wie vom Stadtrat vorgesehen lediglich die Eckpunkte definiert und die Detailgestaltung offen gelassen wird. Im Rahmen der Beratungen in der GPK wurden durch den Stadtschreiber gewisse Fragen geklärt, jedoch nie der gesamte Vertrag zur Prüfung vorgelegt. Als ich bei der Vorbereitung auf die heutige Ratssitzung den Vertrag nochmals genauer geprüft habe, stellte ich fest, dass das eine oder andere Detail nicht erwähnt ist. Da sehe ich jedoch keine Probleme, da es sich dabei um Punkte handelt, welche nicht den Parteilichen verändern, sondern es sind Details.

Eine Ziffer im Vertrag verhindert aber aktuell den Eintrag des Vertrags im Grundbuch. Und zwar handelt es sich um die Ziff. II Art. 7. In diesem Fall soll ein selbstständiges und dauerndes Baurecht begründet werden. Dies ist notwendig, damit die Bauberechtigte eine Hypothek aufnehmen kann. Damit eine Verselbstständigung möglich ist, muss das Baurecht auf mindestens 30 Jahre abgeschlossen werden, was hier der Fall ist. Und es muss übertragbar sein. Die Übertragbarkeit darf jedoch nicht zu stark eingeschränkt werden, damit immer eine genügend grosse Käuferschaft vorhanden ist. Dies ist auch für die Bank im Rahmen der Kreditvergabe entscheidend. Aufgrund des lachsfarbenen Papiers könnte nun der Stadtrat einen Vertrag beim Grundbuchamt anmelden und beurkunden. Das Grundbuchamt könnte den Vertrag in der vorliegenden Fassung dann jedoch im Grundbuch nicht eintragen und müsste das Geschäft abweisen. Ich habe dies in der Zwischenzeit auch mit dem Grundbuchinspektor geklärt. Er teilt hier meine Ansicht. Dieses Vorgehen würde meiner Meinung nach keinen Sinn machen. Es stellen sich nun für mich zwei Varianten.

1. Ich stelle einen Antrag zur Rückkehr auf die stadträtliche Version, dass also Antrag 3 wieder lautet: "Der Stadtrat wird beauftragt, einen Baurechtsvertrag gemäss Erwägung in der Botschaft Nr. 30 bzw. 30a abzuschliessen." Dann könnten die Anliegen des Gemeinderats im Rahmen der Vertragsausgestaltung durch die Exekutive entsprechend eingebracht werden und zusammen mit dem Grundbuchamt ein passender Vertrag erstellt werden. Diese Variante würde aus meiner Sicht den Aufgaben der verschiedenen politischen Instanzen am besten entsprechen und man könnte die im Rahmen der parlamentarischen Diskussion eingebrachten Punkte so gut als möglich und gesetzlich zulässig umsetzen. Im vorliegenden Fall verzichte ich jedoch darauf, diesen Antrag zu stellen, hoffe aber, der Rat wird bei einem späteren Baurechtsvertrag oder bei sonstigen Grund-

buchgeschäften sich daran erinnern und den Punkt beherzigen, insbesondere wenn einmal kein Grundbuchverwalter mehr in diesem Gremium vertreten ist.

2. Ich stelle daher den Antrag, dass Ziff. II Art. 7 auf Seite 2 wie folgt geändert wird: "Das Baurecht ist übertragbar und vererblich. Die Übertragung bedarf der Genehmigung der Grundeigentümerin. Diese darf die Genehmigung verweigern, wenn die Bestimmungen dieses Baurechtsvertrags vom Erwerber nicht in allen Teilen übernommen werden oder bei Vorliegen anderer wichtiger Gründe wie beispielsweise fehlender Kreditwürdigkeit des Erwerbers." Dafür ist in Ziff. III Art. 1 auf Seite 3 ein neuer Abs. 3 einzufügen und aus dem bisherigen Abs. 3 würde dann der Abs. 4. Der neue Abs. 3 lautet wie folgt: „Bei einer Eigentumsübertragung des Baurechts gilt grundsätzlich der Baurechtszins ohne die erwähnte Reduktion. Sofern der Erwerber ebenfalls von einem reduzierten Baurechtszins profitieren will, hat der Gemeinderat Frauenfeld, also die Legislative, darüber zu befinden und einen allfälligen Forderungsverzicht für die Stadt Frauenfeld zu beschliessen“. Aus meiner Sicht könnte mit dieser Variante die gesetzliche Vorschrift betreffend Übertragbarkeit erfüllt werden und zugleich wäre eine allfällige Baurechtszinsvergünstigung weiterhin in der Kompetenz des Gemeinderats. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Darf ich Gemeinderat Michael Lerch bitten, mir den Antrag noch schriftlich abzugeben?

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH):** Um es vorwegzunehmen, ich opponiere dem von Kollege Lerch gestellten Antrag nicht, auch wenn ich in einem wesentlichen Punkt nicht gleicher Meinung bin wie er. Er ist ja im Grundbuchamt tätig und würde dann in Ausstand treten müssen, aber das ist hier jetzt nicht der Punkt. Ich möchte nicht, dass die Initianten, dass die Beachvolleyballer noch länger warten müssen wegen eines allfälligen Streits zwischen Gemeinderat und Grundbuchamt, und weil ich mit der Lösung, die er vorschlägt, leben kann.

Das Problem ist einfach, dass die Stadt nicht bestimmen kann, dass die Übertragbarkeit des Baurechts mit einer Gemeinnützigkeit gekoppelt werden muss. Dass es heikel ist und dass Kollege Lerch in Sachen Baurechtsverträgen ein Fachmann ist, ist sicher der Fall. Der Stadtschreiber hat nicht mit Kollege Lerch, sondern mit dem Grundbuchamt gesprochen und bei der ersten Position, diese Formulierung „die Übertragung bedarf der Genehmigung des Grundeigentümers“, dass man da „Gemeinderat Frauenfeld“ eingefügt hat, da bin ich gleicher Meinung wie Kollege Lerch, das geht nicht, denn der Grundeigentümer ist der aktuelle Grundeigentümer, das kann nicht im Baurechtsvertrag für alle Zeiten bestimmt werden. Dem Stadtschreiber wurde die Auskunft gegeben, dass man da die Augen zudrücken würde und deshalb haben wir das drin gelassen. Zudem bin ich aber auch der Meinung, es geht eigentlich nicht und das kann man deshalb ohne weiteres streichen. Es ist eigentlich eine interne Geschichte und ich glaube, es ist auch vonseiten des Stadtrats klar, wenn etwas wäre, würde das dann wieder in den Gemeinderat gehen. Aber nach dieser Diskussion ist es ja intern sowieso klar, sodass wir von daher sowieso keinen Schaden haben.

Bei der zweiten Formulierung geht es ja um die Beschränkung der Übertragbarkeit auf gemeinnützige Baurechtsnehmer. Es ist richtig, wie Kollege Lerch gesagt hat, die Übertragbarkeit darf nicht zu stark eingeschränkt werden, es braucht immer eine genügend grosse Käuferschaft, so ist die Formulierung des Bundesgerichts. Was hier eingefügt wurde, haben wir nicht mit dem Grundbuchamt besprochen, das zur Klarstellung. Aber wir haben vom Grundbuchamt die einschlägige Stelle vom Basler Kommentar erhalten und ich berufe mich für zukünftige Fälle auf dieses Präjudiz, nicht auf diesen Fall, ich kann damit leben, dass man es hier nicht macht, weil es nicht dasselbe ist wie nachher, wenn wir beispielsweise später 15'000 Quadratmeter wertvolles Bauland jemandem übergeben. Im Basler Kommentar steht genau zu dieser Sache: „Als zulässige Beschränkung der Übertragbarkeiten wurden anerkannt: Der jeweilige Bauberechtigte muss

eine öffentlich-rechtliche Körperschaft oder eine gemeinnützige Institution sein.“ Für mich ist das also klar, und wenn das in diesem Kommentar drin steht, müsste das eigentlich gehen. Wie gesagt, ich beharre hier nicht darauf, dass man das unbedingt so drin lassen muss, aber ich möchte vorschlagen, es in aller Ruhe gemeinsam mit Kollege Lerch, mit dem Grundbuchinspektor und dem Stadtschreiber für einen späteren Fall zu machen, weil wir, wenn wir vielleicht Baurechtsverträge haben mit gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften, dann werde ich mich wieder auf diese Bestimmung berufen und dann werde ich nicht nachgeben, denn dann muss die Stadt die Möglichkeit haben, und diese hat sie nach dieser Geschichte, dass sie auf einen gemeinnützigen Baurechtsnehmer auch bei einer Übertragbarkeit beharren kann. Die Formulierung des Bundesgerichts lautet, „es muss genügend haben“. Es hat eben genügend, es hat zwar weniger, es kann nicht jeder, es ist beschränkt, aber es hat genügend und auch bei den Vereinen hier in diesem Fall hätten wir genügend. Praktisch alle Vereine sind ja gemeinnützig.

**Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP):** In der GPK Finanzen und Administration wurde uns versichert, dass die Version GPK grundbuchtauglich sei. Falls sich diese Aussage in der Zwischenzeit verändert hätte, wäre ich davon ausgegangen, dass der Stadtrat die GPK Finanzen und Administration sicher informiert hätte. Somit gehe ich immer noch davon aus, dass die GPK-Version grundbuchtauglich sein kann. Ich habe mit dem Antragsteller vorgängig gesprochen, weshalb er in der Ziff. II Art. 7 den Gemeinderat streichen wolle. Er hat mir begründet, dass in gewissen Situationen schnell entschieden werden muss und der Gemeinderat dazu sicher zwei Monate braucht. Da bin ich ein bisschen anderer Meinung. In solchen Geschäften darf man sich Zeit lassen. Ich stelle einen Gegenantrag. Ich übernehme den gleichen Wortlaut, nur in der Ziff. II Art. 7 Grundeigentümerin Gemeinderat Frauenfeld wird nicht gestrichen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Ich sehe schon, Sie stellen mich bereits in meiner ersten Sitzung vor grosse Herausforderungen.

**Gemeinderat Christoph Regli (CVP):** Es geht ja im Antrag um zwei Punkte. Der eine Punkt ist der mit der Klammer und den Gemeinderat. Für diesen Antrag will Kollege Sieber in seinem eigenen Namen das nicht akzeptieren. Ich denke aber, das ist wirklich eine rein interne Sache, wer das machen können soll oder nicht soll, und das können wir nicht im Baurechtsvertrag regeln. Ich denke, der Gemeinderat wird sich daran erinnern, wenn etwas ist, dass heute vom ganzen Rat ganz deutlich gesagt wurde, dass der Gemeinderat hier, wenn irgendwie möglich Einfluss nehmen will.

Zum zweiten Punkt: gemeinnützig oder nicht, Verkaufbarkeit oder Übertragbarkeit an einen Nachfolger: Wir haben ja in der GPK faktisch eigentlich auch schon darüber gesprochen, was passiert, wenn der Nachfolger nicht mehr gemeinnützig ist. Wir haben ja dafür den höheren Baurechtszins eingesetzt. Also ich denke, in diesem Punkt können wir problemlos nachgeben und entsprechend würde ich eigentlich meinen, man kann den Antrag von Michael Lerch ganz unterstützen. Den ersten Teil, weil es in den Materialien geregelt ist, und den zweiten Teil, weil wir ohnehin an eine Übertragbarkeit an eine nicht gemeinnützige Institution auch schon gedacht haben.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Wir stimmen zuerst über den Antrag von Gemeinderat Kurt F. Sieber ab.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH):** Ich habe einen Vorschlag. Der Antrag Lerch besteht ja aus zwei Teilen. Man könnte Antrag Lerch Teil 1 „Gemeinderat Frauenfeld“ zur Abstimmung bringen, da gibt es keinen Gegenantrag, da kann man zustimmen oder nicht. Kurt F. Sieber wird zum Beispiel nicht zustimmen. Dann Teil 2 des Antrags, da können auch wieder alle stimmen, wie sie wollen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Sind alle einverstanden? Dann stimmen wir zuerst über den Antrag von Michael Lerch über Ziff. II Abs. 7 ab, wo „Gemeinderat Frauenfeld“ gestrichen wird.

**Gemeinderat Michael Lerch (FDP):** Ich bin grundsätzlich mit dem Vorgehen einverstanden, aber in Ziff. II Abs. 7 wird ja etwas gestrichen. Das mit der Gemeinnützigkeit gehört von mir aus gesehen zusammen mit dem zweiten Punkt, mit dem Einfügen von Abs. 3. Wenn wir so abstimmen, dann ist das absolut in Ordnung.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Wir stimmen jetzt über Ziff. II Abs. 7 Streichung von „Gemeinderat Frauenfeld“ ab.

### **Abstimmung**

Der Antrag von Gemeinderat Michael Lerch zu Ziff. II Abs. 7 wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Wir kommen zur Abstimmung über Ziff. II Abs. 7 Streichung „Gemeinnützigkeit“, dafür wird in Ziff. III ein neuer Abs. 3 eingefügt.

### **Abstimmung**

Der Antrag von Gemeinderat Michael Lerch wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 7 Enthaltungen angenommen.

**Stadtrat Ruedi Huber (SVP):** Über Ihre vielen positiven und motivierenden Voten zu Beginn der Sitzung habe ich mich sehr gefreut. Ebenfalls gefreut habe ich mich auch über die vorangehende sehr fundierte und gleichzeitig auch wohlwollende Diskussion und auch die Weiterentwicklung unserer Botschaft, zum Beispiel im Rahmen der Beratung in der Geschäftsprüfungskommission. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für die festgestellten Lücken entschuldigen. Gern gehe ich an dieser Stelle noch auf einige Ihrer heutigen Voten ein, zuerst zu den Fragen von Gemeinderat Roman Fischer.

Besten Dank für Ihren wichtigen Hinweis betreffend Mobilität im Bereich der Kleinen Allmend. Auch mir ist es ein Anliegen, dass das Gebiet unserer Sportanlagen nicht mit Autos verstopft wird. Und auch ich verstehe nicht, weshalb nicht mehr Sportler mit dem Velo oder zu Fuss anreisen. Es geht ja schlussendlich um den Sport. Aber das Problem stelle ich auch überall sonst fest, wo Sport betrieben wird. Um jedes Fitnesscenter herum braucht es Parkplätze, so wird auch mein Parkplatz da hinter dem Rathaus immer wieder mal von den Sportbegeisterten „gestohlen“. Zu bedenken ist aber auch, dass die Kleine Allmend eine regionale Sportanlage ist. Es gibt auch Sportler aus umliegenden Gemeinden ohne ÖV-Angebot.

Dann zur Unklarheit betreffend der beiden Konzepte für die Kleine Allmend: Aufgrund des Baurechtsgesuchs wurde ein Teilkonzept für den westlichen Teil der Kleinen Allmend erstellt. Ziel war eine möglichst gute Integration der neuen Anlage in die bestehenden Bauten. Der Auslöser war eben der Wunsch nach der Erstellung dieser Sandhalle und da ging es wirklich darum, die anderen Vereine nicht zu beeinträchtigen und das neue Gebäude auch städtebaulich möglichst gut zu integrieren. Parallel dazu läuft aber ein Gesamtkonzept für die ganze Kleine Allmend, welches vor allem auch die zukünftigen Angebote für den Fussball und die Leichtathletik umfasst.

Dann noch die Fragen, wie wir betreffend Mobilität weitergehen sollen: Ich schlage vor, dass wir den Input von Gemeinderat Roman Fischer im Rahmen des Gesamtkonzepts für die Kleine Allmend aufnehmen und die heutige Vorlage unabhängig davon weiterbehandeln. Wie schwierig das im grossen Rahmen sein kann, haben wir jetzt gemerkt. Erlauben Sie mir noch eine persönliche Bemerkung betreffend Details im Baurechtsvertrag oder deren Behandlung: Wir haben nun einfach wieder einmal ein Musterbeispiel gehabt, wie schwierig es sein kann, wenn 40 Leute miteinander ein Vertragswerk ausarbeiten müssen, ohne dabei den Grundbuchverwalter und auch noch die andere Vertragspartei, die da oben sitzt, dabei zu haben. Das kann schon ein Grund sein, dass solche Arbeiten auch wieder an die Behörde delegiert werden. Wichtig ist aber, dass das Parlament die Eckpunkte festlegt. Und da hat es wichtige Eckpunkte drin, hinter diesen stehe ich auch.

Das Baurecht Sandhalle ist endgültig kein Routinegeschäft, sondern eines, welches viele Instanzen und auch Sie alle gefordert hat und immer noch fordert. Es ist ein Geschäft, welches neben meinem eigenen Departement noch zwei weitere Departemente betrifft, nämlich das Departement Bau und Verkehr meines Kollegen Urs Müller sowie das Departement unseres Stadtpräsidenten, welches schlussendlich für die Vertragsunterzeichnung zuständig ist. Unser gemeinsames Ziel war und ist es, die gebotene Chance zur Weiterentwicklung der Sportinfrastruktur in unserer Stadt zu nutzen und gleichzeitig die mit dem Baurecht verbundenen Nachteile und Risiken möglichst zu minimieren. Das Projekt brauchte eine lange Reifezeit – und jetzt schaue ich da rasch zur Empore hinauf – und beide Seiten haben die Reifezeit genutzt und ich denke, jetzt kommt es gut. Die Zeitspanne zwischen der ersten Kick-off-Sitzung und der heutigen Gemeinderatssitzung war sehr lang, aufgrund der vielen zu beantwortenden Fragen musste ich die Geduld der Initianten manchmal schon etwas strapazieren. Die fundierten Abklärungen haben sich aber meiner Ansicht nach gelohnt, und da möchte ich wirklich allen ganz herzlich danke sagen, die sehr, sehr fundierte Arbeit geleistet haben. Das Projekt ist nun entscheidungsreif, auch wenn noch ein kleines Restrisiko bleibt. Aber ein Restrisiko haftet eben an allen langfristigen Projekten. Auch mit extrem viel Aufwand können nie alle Risiken ausgeräumt werden. Dies ist ja zum Beispiel auch beim Projekt „Heiraten“ so, und trotzdem heiraten wir ohne Grundlagenbericht und Gutachten. Ich habe es auch gewagt, und als ich meine Frau geheiratet habe, da war ich noch nicht in der Politik, da habe ich auf die Chance geachtet und nicht auf das Restrisiko fokussiert. Hätte ich dies getan, hätte ich vermutlich 34 spannende und tolle Ehejahre mit auch manchmal etwas speziellen Momenten verpasst. Ich bitte Sie deshalb, auch den wirklich engagierten Initianten des Sandhallenprojekts eine Chance zu geben. Die Chance, etwas Neues, Originelles und Spannendes aufzubauen und gleichzeitig, wie es auch gesagt wurde, unsere Stadt Frauenfeld sportlich wieder einen Schritt voranzubringen. Ich bitte Sie deshalb, den Baurechtsvertrag für die Erstellung einer Sandhalle zuzustimmen. Ganz herzlichen Dank.

### **Abstimmung**

Antrag 1 wird einstimmig genehmigt.

Antrag 2 wird einstimmig genehmigt.

Antrag 3 wird mit den Ergänzungen durch die erfolgten Abstimmungen im Rat einstimmig genehmigt.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Sie haben somit allen drei Anträgen der Botschaft Nr. 30a zugestimmt. Ich wünsche den Damen und Herren auf der Galerie viel Spass und viel Erfolg bei ihrem Projekt.

183

## **ANPASSUNG DES ZONENPLANS IM BEREICH DER RINGSTRASSE 18 EINTRETEN, MATERIELLE BERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG**

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Dazu haben wir die Botschaft Nr. 33 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 20. März 2018 erhalten. Nach der Eintretensdebatte folgt die materielle Beratung. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden, nehme ich an.

**Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen:** Da die evangelische Kirchgemeinde den Verkauf ihrer Liegenschaft Ringstrasse 18 Parzelle 356 auf dem offenen Markt beabsichtigt, beantragt sie eine Umzonung dieser Parzelle von der Zone für öffentliche Bauten in die Wohnzone. Die GPK hat die diesem Geschäft zugrunde liegende Botschaft am 2. Mai 2018 beraten. Sie ist einstimmig für Eintreten.

Keine Wortmeldungen zum Eintreten.

**Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen:** Wie erwähnt und wie Sie der Botschaft entnehmen können, möchte die evangelische Kirchgemeinde ihr Grundstück an der Ringstrasse 18 verkaufen. Die Liegenschaft ist insgesamt mit drei Wohnungen belegt und diente bis dato als Pfarr- respektive Wohnhaus. Bereits früher wurden von der Kirchgemeinde auch andere als dem Wohnen dienende Nutzungen geprüft, die jedoch aufgrund der Lage oder aufgrund der durch eine Nutzungsänderung anfallenden hohen Kosten allesamt verworfen werden mussten. Mit dem Auszug von Pfarrerin Barbara Keller im letzten Sommer hat die Kirchgemeinde für die Liegenschaft endgültig keine Verwendung mehr und dementsprechend will sie den Verkauf des Grundstücks vorantreiben. Weder die Stadt noch die Schulgemeinde, die ein Tageszentrum darin prüfte, bekundeten abschliessend einen Bedarf an der Liegenschaft. Stadtrat Urs Müller erwähnte an der GPK-Sitzung, dass die Stadt weitere öffentliche Körperschaften um Ihr Interesse angefragt hat und es begrüsst hätte, wäre das Grundstück zum Beispiel vom Kanton als Reserve für ihre in der Nachbarschaft liegende Schulanlagen übernommen worden. Doch auch von dort erfolgte eine Absage. Deshalb beabsichtigt die Eigentümerin nun eine Veräusserung auf dem offenen Markt. Da gegen den Beschluss vom 7. November 2017 der Stadt, nämlich die Unterschutzstellung der im Hinweisinventar als wertvoll eingestuften Liegenschaft ein Rekurs hängig war, wurde die Botschaft noch zurückgehalten. Seit März 2018 ist die Unterschutzstellung rechtskräftig und der Bestand des Gebäudes in seiner Form gesichert. Aufgrund dieser Ausgangslage ersucht nun die Kirchgemeinde um die Umzonung der Parzelle. Aus der GPK kam die Frage nach der durch die Umzonung bedingten Mehrwertabschöpfung. Gemäss Christoph Helbling wird ein Grundstück vor und nach einer Planungsphase geschätzt, das Delta ist der Mehrwert und diese beziffert sich im vorliegenden Fall gemäss der schriftlichen Botschaft der Kirchgemeinde auf 250'000 Franken. Davon fallen je 50 % an die Stadt und 50 % an den Kanton. Für die Wohnnutzung müsste nicht zwingend umgezont werden, die bestehende Nutzung hat Bestandegarantie. Auch der offene Markt oder der Verkauf an einen Privaten, so eine weitere Frage, bedingt keine Überführung der Parzelle von der öffentlichen Zone in die Wohnzone. Auch Anbauten und Erweiterungen wären durch die Unterschutzstellung der Liegenschaft unabhängig von der Zone nur bedingt zulässig. Es ist also materiell seitens der Stadt nicht von Bedeutung, ob das Grundstück in der öffentlichen Zone verbleibt oder in die Wohnzone zu liegen kommt. Aber es ist wünschenswert, dass die Zonenzugehörigkeit möglichst der effektiven Nutzung entspricht. Diese Tatsache wie auch das ganze Geschäft war in der GPK unbestritten und der Antrag des Stadtrats wurde einstimmig angenommen.

**Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Die Fraktion hat sich mit der vorliegenden Botschaft auseinandergesetzt und die Inhalte diskutiert. Wir

bedanken uns beim Stadtrat für die Botschaft. Wir finden es wichtig, dass trotz der Änderung des Zonenplans auch bei einem einzelnen kleinen Grundstück dieses Geschäft im Gemeinderat vorgebracht und diskutiert wird. In unseren Augen sind Änderungen, insbesondere eine Reduktion der Zone für öffentliche Bauten nie geringfügig und gehören im Gemeinderat diskutiert. Unsere Fraktion stimmt der Zonenplanänderung zu. Trotz des C und des E in den Kürzeln unserer Parteien unserer Fraktion haben wir dieses von der evangelischen Kirche initiierte Geschäft kritisch hinterfragt. Die Liegenschaft, welche seit Jahren als Wohnhaus dient und diese Funktion auch in Zukunft ausüben wird, soll von der Zone für öffentliche Bauten in die Wohnzone überführt werden. Dieser Schritt soll die aktuelle Nutzung legitimieren. Aus Sicht der Fraktion CVP/EVP wäre die Umzonung nicht zwingend notwendig, da die Nutzung als Wohnraum auch in der Zone für öffentliche Bauten nicht angetastet würde. Eine kritische Anmerkung unserer Fraktion ist ausserdem, dass die Zone für öffentliche Bauten geschmälert wird. Eine mögliche zukünftige Entwicklung der Kantonsschule wird damit eingeschränkt. Gerade eben haben wir in diesem Rat über mögliche Angebote im Bereich der höheren Bildung gesprochen und nun reduzieren wir die Fläche der Zone für öffentliche Bauten. Die Parzelle der Kantonsschule zwischen Sternwartestrasse und Ringstrasse ist aber bereits jetzt nicht auf die Zone für öffentliche Bauten beschränkt. Diverse Grundstücke im Perimeter liegen in der Wohnzone oder der Wohn- und Gewerbezone, darunter auch die nördliche Nachbarliegenschaft. Die Zone für öffentliche Bauten wird deshalb nur unwesentlich geschwächt, weshalb wir uns einverstanden erklären. Unsere Fraktion wird den Antrag unterstützen.

**Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Umzonungen müssen durch unseren Rat genehmigt werden. Bedingt durch die Verkaufsabsichten der evangelischen Kirchgemeinde wurde die Umzonung von der Zone für öffentliche Bauten in die Wohnzone W3 notwendig, denn weder Stadt, Kanton noch Schulgemeinde haben Interesse an der Übernahme des Grundstücks und die Käuferschaft möchte lieber nicht ein Grundstück in der öffentlichen Zone erwerben, sondern eben in einer Bauzone. Das bestehende Gebäude wurde inzwischen unter Schutz gestellt. Das ehemalige Pfarrhaus wurde schon länger ausschliesslich für Wohnzwecke genutzt und als Wohnhaus macht das Objekt auch weiterhin Sinn. Somit ist nachvollziehbar, dass der beantragten Umzonung zugestimmt werden soll. Bedingt durch die Umzonung steigt der Bodenwert und es kommt zu einer Mehrwertabschöpfung. Die FDP-Fraktion begrüsst die geplante Umzonung, sie fördert auch den Erhalt von Wohnraum an einer zentrumsnahen Lage. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Gemeinderat Romeo Küng (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Die Fraktion von SVP und EDU dankt den Verantwortlichen für die ausführliche Botschaft, welche auch wichtige Vorabklärungen beinhaltet. Nachdem weder die Stadt Frauenfeld noch die Schulgemeinde Frauenfeld oder der Kanton Thurgau Interesse am Objekt bekunden, kommt unsere Fraktion zum Schluss, der Zonenplananpassung im Bereich der Ringstrasse 18 von der Zone öffentliche Bauten in die Wohnzone W3 zuzustimmen. Mit dieser Entscheidung kann die als wertvoll und erhaltenswert eingestufte Liegenschaft wohl am ehesten erhalten, bestenfalls saniert und somit weiter sinnvoll genutzt werden. Die Fraktion SVP/EDU wird dem Antrag des Stadtrats zustimmen.

### **Abstimmung**

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum der Stimmberechtigten nach Art. 4 des Baureglements bzw. Art. 32 der Gemeindeordnung und tritt nach der Genehmigung durch das Departement für Bau und Umwelt auf einen vom Stadtrat festzusetzenden Zeitpunkt in Kraft. Wer sich hier und jetzt für eine

Volksabstimmung aussprechen möchte, das sogenannte Behördenreferendum, erhebe sich jetzt vom Sitz. – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit beginnt die Referendumsfrist für Stimmberechtigte am 7. Juni 2018 und endet am 23. Juli 2018.

184

## **GESCHÄFTSBERICHT UND RECHNUNGEN DER STADTVERWALTUNG UND IHRER BETRIEBE FÜR DAS JAHR 2017 EINTRETEN, MATERIELLE BERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG**

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Wir fahren weiter mit der Rechnung 2017 der Stadt und ihrer Betriebe. Dazu haben wir die Botschaft Nr. 32 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 27. März 2018 erhalten. Persönlich ausgehändigte Unterlagen sind der Geschäftsbericht und die Rechnung der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr 2017, diese haben an der Gemeinderatssitzung vom 18. April 2018 auf Ihren Tischen gelegen bzw. wurden Ihnen zugesendet. Die Botschaft Nr. 32 finden Sie im Register 1. Die zugestellten Unterlagen sind einmal mehr sehr umfassend und im Detail sorgfältig ausgearbeitet worden. Ein grosser Dank gilt deshalb an dieser Stelle dem Stadtrat, den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern sowie weiteren städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere aber Finanzchef Reto Angehrn. Für die Behandlung der Rechnungsablage schlage ich Ihnen wie schon fast gewohnt folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung innerhalb der einzelnen Departemente, ohne seitenweise durchzublättern. Dazu werden die GPK-Sprecher zu den einzelnen Abteilungen als erste referieren. Danach kommen die Vertreter der einzelnen Fraktionen und zum Schluss die weiteren Meldungen aus dem Rat. Für Wortmeldungen zu einzelnen Abteilungen oder spezifischen Konten bitte ich Sie, jeweils Seitenzahl, Kontogruppe und Kontonummer zu nennen. Anträge sind mir bitte schriftlich abzugeben. Innerhalb der Departemente werden wir zuerst die Rechnung im Register 3, dann die dazugehörige Investitionsrechnung in Register 2 beraten. Im Anschluss an die Departemente werden wir die Bilanz in Register 4 und den Anhang in Register 5 behandeln. Danach werden die Rechnungen der Betriebe Register 7 und die Rechnung des Alterszentrums Park Register 10 beraten. Bevor wir am Schluss über die Anträge abstimmen, steht noch der Geschäftsbericht zur Diskussion. Werden gegen dieses Vorgehen seitens des Rats Einwände gemacht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein, somit ist das Vorgehen stillschweigend genehmigt.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Zuerst zu den drei Rechnungsergebnissen der drei Rechnungseinheiten:

Die Stadtverwaltung schliesst alle drei Rechnungen Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Gesamtrechnung bzw. Finanzierung mit den fast gleichen Ergebnissen wie im Vorjahr ab. Auch die Abweichungen zum Budget sind bei Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung etwa gleich wie im Vorjahr. Weil sich im Übrigen die grundlegenden Parameter, also die Umstände, wie es zu diesen Ergebnissen gekommen ist, nicht erheblich geändert haben, bleibt auch die grundsätzlich positive Wertung des Vorjahrs natürlich dieselbe. Ich beschränke mich deshalb auf ein Wort zur Erfolgsrechnung. Mit einem Plus von 140'000 Franken kann man, wenn man so will, von einer schwarzen Null sprechen. Der kleine Gewinn beruht auch dieses Jahr allerdings unter anderem auf tiefen Abschreibungen. Es sind mit 3.1 Mio. Franken ordentliche Abschreibungen zwar etwa 30 % mehr als im Vorjahr, aber immer noch zu wenig. Dabei erinnere ich wieder einmal an die Faustregel. Der Abschreibungsbedarf entspricht dem durchschnittlichen Investitionsvolumen über mehrere Jahre. Wir haben hier nach wie vor eine Lücke von mehreren Millionen Franken und die müssen wir mittel- bis langfristig schliessen.

Die Werke haben mit 7 Mio. Franken einen hohen Gewinn erzielt. Er entspricht etwa dem Gewinn ohne den ausserordentlichen Ertrag, das waren im Vorjahr 4,4 Mio. Franken. Wenn man also den ausserordentlichen Ertrag wegnimmt, ist es etwa das gleiche Ergebnis wie im Vorjahr. Der Gewinn ist unter anderem deshalb so hoch, weil die Werke ihre zu hohen Abschreibungssätze, wie wir ja mehrfach kritisiert haben, reduziert haben. Sie sind aber immer noch nicht bei den kantonalen gesetzlichen Vorgaben. Der Finanzierungsüberschuss der Werke ist mit 6.3 Mio. Franken auch sehr hoch. Zum Teil wegen der mit 3.6 Mio. Franken relativ tiefen Investitionen, budgetiert waren ja über 6 Mio. Franken. Auch hier darf ich mich wiederholen – ich darf sagen, das ist ja schön –, insgesamt präsentieren sich die Werke finanziell in blendendem Zustand.

Das AZP ist eine treue Seele, liefert stetig Ergebnisse im bisherigen Rahmen. Mit 0.34 Mio. Franken auch hier bei der Erfolgsrechnung eine schwarze Null, zudem, das darf man ruhig sagen, eine absolute Punktlandung und dafür ist auch eine Gratulation angebracht. Der kleine Finanzierungsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr und gegenüber dem Budget leicht gesteigert werden auf 1.37 Mio. Franken, das ist gut. Bei diesen Zahlen ist klar, dass sich beim AZP Eigenkapital und Vermögen kaum verändert haben.

Dann noch einige wenige Punkte, die ich speziell hervorheben möchte: Die Finanzkennzahlen der Stadtverwaltung sind zum Teil sehr gut, zum Teil aber immer noch schlecht. Auch die Entwicklung ist uneinheitlich, mal rauf, mal runter, mal gezackt, es lässt sich keine einheitliche Aussage über diese Finanzkennzahlen machen. Vielleicht ist gerade das die zentrale Aussage zu den Finanzkennzahlen.

Beim Selbstfinanzierungsgrad ist die Aussage des Stadtrats zu relativieren, dieser Selbstfinanzierungsgrad liege über alle drei Bereiche bei guten 107.3 %. Das ist zwar an sich richtig, über alles gesehen konnten in der Tat alle Investitionen selber finanziert werden. Aber diese Gesamtbeurteilung ist trügerisch, denn sie beruht auf der Überfinanzierung der gebührenfinanzierten Bereiche. Bei der Stadt haben wir inklusive einem gebührenfinanzierten Teil einen deutlich zu tiefen Selbstfinanzierungsgrad von 44.2 %. Immerhin, auch das soll gesagt sein, leichte Verbesserung gegenüber Vorjahr plus 3,4 Prozentpunkte.

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Verzinsung des Dotationskapitals der Werkbetriebe in der Höhe von 1 Mio. Franken angesprochen. Auf Nachfrage der GPK beim Stadtrat hat sich herausgestellt, dass für dieses Dotationskapital selber eine Rechtsgrundlage fehlt. Der Stadtrat muss hier eine Lösung vorlegen. Entweder schafft er diese Grundlage oder zahlen die Werke dieses Dotationskapital zurück. Nötig haben sie es ja schon lange nicht mehr. Diese Lösung ist umso dringender, als auch der dafür von den Werken zu bezahlende Zins lediglich auf einem Stadtratsbeschluss beruht.

Klarzustellen sind in einem weiteren Punkt die Qualifikation der Abschreibungen der Anlageteile des Hallenbads, die, wie wir ja schon beim Budget diskutiert haben, nur noch bis 2021 nutzbar sind. Das im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau. Es sind dies nicht einfach ordentliche Abschreibungen, vielmehr handelt es sich um eine klassische Wertberichtigung gemäss Paragraph 37 der Regierungsratsverordnung zum Rechnungswesen der Gemeinden, die als ausserplanmässige Abschreibung zu verbuchen ist. Wie wir auf entsprechende Frage hin in der GPK informiert worden sind, ist die Anlagenbuchhaltung das Problem. Die Software kann keine ausserplanmässigen Abschreibungen buchen. Ausnahmsweise hat nun die GPK vor der Software kapituliert und die Erklärung für die falsche Verbuchung akzeptiert.

Es liegt uns im Übrigen wieder ein reich illustrierter, umfassender Geschäftsbericht vor. Er gibt einen guten Eindruck, zumindest ist das meine Auffassung, über das Viele und Gute, das in unserer Stadt Jahr für Jahr oder Monat für Monat geleistet wird. Besten Dank für die Zusammenstellung des Berichts an die Informationschefin und an den Lektor, Alt-Gemeinderat Martin von

Siebenthal. Im Namen aller drei GPKs danke ich schliesslich für die Arbeit des Stadtpräsidenten und seiner Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat. Zu danken ist aber auch den Finanzchef Reto Angehrn und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, eingeschlossen die Finanzverantwortlichen und alle Mitarbeitenden der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park, die alle zu diesen insgesamt guten Resultaten und der soliden Finanzlage unserer Stadt und ihrer Betriebe beigetragen haben.

Zum Abschluss ein Bonmot zur Steuerkraft, und zwar vom Vizestadtpräsidenten von Arbon, der vor einem halben Jahr gesagt hat: Frauenfeld spielt in der Championsleague, Arbon in der Kreisliga. Ich würde allerdings nie so weit gehen und bei den Arboner Verantwortlichen dürften wohl auch bestimmte Eigeninteressen für diese Beurteilung mitgespielt haben. Sie kennen ja den Spruch „S chunt druf a“, der soll ja vor allem bei den Juristen gebraucht werden. Man könnte Frauenfeld nämlich auch mit Bottighofen, Salenstein oder Gottlieben vergleichen – oder vielleicht eben besser nicht. Gegen diese Steuerparadiese würden wir jedes Championsleague-Spiel hochkant verlieren. Aber es ginge ja auch gegen Warth-Weiningen oder Ermatingen, aber auch gegen diese würden wir schon in der Gruppenphase rausfliegen. Sie sehen, wie schon Einstein erkannte, alles ist relativ. Und mit dieser doch beruhigenden oder gar tröstlichen Einsicht habe ich geschlossen.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Ich möchte zum Eintreten einige allgemeine Bemerkungen abgeben. Wir haben es mit einem grundsätzlich positiven Abschluss zu tun, wenig spektakulär, das ist aber nichts Schlechtes und über die Jahre gesehen doch auch spektakulär. Es bedeutet nämlich, dass die Stadtverwaltung mit ihren vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht nur 2017 hervorragende Arbeit leistet. Das zeigt sich auch bei der Lektüre des Geschäftsberichts. Die Stadt macht viel und viel Gutes. Für all diese Arbeit herzlichen Dank.

Über die Badiabschreibungen wurde schon etwas gesagt, ohne diese zusätzlichen Abschreibungen sähe das Ergebnis noch besser aus. Man kann diskutieren, ob es Sinn macht, über etwas, was noch nicht beschlossen worden ist, schon extra Abschreibungen vorzunehmen, aber immerhin waren wir 40 hier im Saal für weitere Planungen für die Badi, und immerhin sind die zusätzlichen Abschreibungen in der Botschaft auch transparent gemacht worden. An dieser Stelle ein Dank auch für die allgemein sehr transparenten und nützlichen Unterlagen, die wir erhalten haben. Da hat sich in den letzten Jahren vieles verbessert.

Noch zwei allgemeine Bemerkungen zu einzelnen Bereichen: Nun, da die Werke davon abgekommen sind, respektive auf Druck des Gemeinderats davon abkommen mussten, grosszügig stille Reserven anzuhäufen, zeigt sich überdeutlich, die Werke machen Jahr für Jahr Gewinne. Das ist grundsätzlich kein Problem und spricht für die gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Tätigkeitsbereich. Für Gemeinderat und Stadtrat stellt sich nun aber die Aufgabe, zuerst zu überlegen und dann sauber zu regeln, wie und wozu wir diese Gewinne im Sinn der Stadt verwenden wollen. Wir sind wahrscheinlich alle gleicher Meinung, dass es wenigstens aus ökologischer Sicht bessere Verwendungen gibt, als die Preise immer weiter zu senken.

Die Rechnungen der vergangenen Jahre zeigen, dass es der Stadt gelingt, zu sparen. Das ist richtig und entspricht dem politischen Mehrheitswillen hier im Saal. Ein flaes Gefühl hätten wir, wenn auf dem Buckel des Personals gespart würde, zum Beispiel indem Stellen nur schleppend wiederbesetzt würden, während gleichzeitig Überstunden angehäuft würden. Nachhaltig sparsam sein funktioniert nur mit motiviertem und gesundem Personal. Der Stadtrat steht hier in einer Führungsverantwortung. Es gilt zum Beispiel, darauf zu achten, dass hohe Gleitzeit- und Feriensaldi zeitnah abgebaut werden.

**Gemeinderatsvizepräsidentin Severine Hänni (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:**

Die Rechnung ist wie bereits erwähnt wiederum deutlich besser ausgefallen als budgetiert. Die Stadt sowie die Werke haben das Budget mehr oder weniger stark übertroffen. Lediglich beim AZP wurde wie auch bereits erwähnt eine Punktlandung erzielt. Bei der Stadt liegt dies zu einem wesentlichen Teil an höheren Rückerstattungen der Unterstützungsleistungen als budgetiert. Die Werke konnten ihr gutes Ergebnis dank höherer Erträge bei gleichzeitigen Kosteneinsparungen beim Energieeinkauf erzielen. Würde man das ausserordentliche Ergebnis weglassen, wäre der Gewinn im Jahr 2016 und 2017 beinahe identisch. Über dieses durchwegs positive Ergebnis sind wir natürlich sehr erfreut. Dennoch möchte ich zwei Punkte ansprechen, welche wir für die bessere Vorbereitung für das nächste Jahr wünschen.

Es ist zwar bereits ein Stellenplan im Ordner integriert, dieser erscheint uns aber vor allem im Vergleich mit dem Budget nicht transparent genug. Wir fordern daher wiederum einen transparenteren Stellenplan für das Budget 2019. Dabei sind die permanenten Stellen und die variablen Stellen getrennt aufzuführen.

Ein weiterer Punkt, der die Vorbereitung auf die Rechnungssitzung etwas erschwerte, ist die teilweise sehr knappe Zusendung der Protokolle der GPK-Sitzungen. Hier möchten wir jedoch auch positiv bemerken, dass die Protokollführung neu auf mehrere Protokollführer aufgeteilt wurde und somit nicht mehr nur bei einer Person liegt. Es freut uns sehr, dass diese durch uns mehrfach geforderte Massnahme jetzt umgesetzt wurde. Wir bedanken uns beim Stadtrat und vor allem auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihre gute und engagierte Arbeit. Die Fraktion SVP/EDU ist einstimmig für Eintreten und wird den Anträgen zustimmen.

**Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:**

Das Rechnungsergebnis der Stadt Frauenfeld liegt gesamthaft, wir haben es gehört, bei 7.5 Mio. Franken. Dieses Ergebnis ist deutlich besser als im Budget mit 0.1 Mio. Franken eingestellt. Die Werkbetriebe haben ihr Ergebnis deutlich gesteigert und die Verwaltungsrechnung schliesst leicht positiv ab. Beim AZP gibt es wieder eine Punktlandung. Die Bereinigung der Wärme Frauenfeld AG wurde im Rechnungsjahr 2017 abgeschlossen und für das zu sanierende Hallenbad wurde eine erste Abschreibungstranche vorgenommen, die sich in den nächsten vier Jahren wiederholen wird. Die Neuinvestitionen liegen mit 15.3 Mio. Franken deutlich unter Budget. Das geänderte Verfahren, bei der Budgetierung auf oberster Stufe mit Korrekturfaktoren zu arbeiten, hat sich bewährt und bringt letztlich mehr Transparenz in der Gesamtübersicht. Zu hinterfragen bleibt aber die heutige Praxis bei der Strassenerneuerung. Die Qualität ist rundum gut, das Niveau ist sehr hoch, das hat aber seinen Preis. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei der Verwaltungsrechnung mit 74 % im tiefen Bereich. Ein klarer Hinweis, dass die selbst erarbeiteten Mittel ungenügend sind. Überproportional gut sieht hingegen der Selbstfinanzierungsgrad mit 276 % bei den Werkbetrieben aus. Die Verwaltungsrechnung ist mit 139'000 Franken knapp positiv. Der betriebliche Aufwand ist mit 72.9 Mio. Franken unter dem budgetierten Wert von 74 Mio. Franken. Mit Ausnahme der Abschreibungen sind alle Positionen im gestuften Nachweis unter den Planwerten. Zusammengefasst haben wir ein knappes Resultat in der Verwaltungsrechnung, und ohne den Finanzertrag mit 3.4 Mio. Franken sähe die Lage deutlich düsterer aus. Wir sind also gespannt auf den versprochenen Massnahmenplan des Stadtrats zur Kostenreduktion bis Sommer 2018.

Bei den Werkbetrieben ist der Ertrag in der Rechnung mit 7 Mio. Franken 2017 deutlich höher ausgefallen als budgetiert. War es letztes Jahr die Auflösung der Kässeli, konnten in dieser Rechnung die Deckungsbeiträge aus dem operativen Geschäft erhöht werden. Die Frage ist also berechtigt: Ist es richtig, dass mit gebührenfinanzierten Abgaben so Gewinne erwirtschaftet werden? Im Hinblick auf die Marktöffnung und Liberalisierung erwarten wir Antworten vom Stadtrat, welche Konsequenzen dies hat und was die mittel- und langfristige Strategie der Werkbetriebe sein wird.

Der Geschäftsbericht mit 150 Seiten ist sehr umfassend und informativ. Trotzdem erlauben wir uns den Hinweis an den Stadtrat, sich Gedanken zu machen, ob dieser in der heutigen Art noch zeitgemäss ist. Das Konzept basiert noch aus dem Jahr 1998 und in dieser Zeit hat es doch einige Fortschritte in der Digitalisierung gegeben. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, namentlich beim Stadtrat und den Amtsleitern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihr Engagement und die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Annahme der Anträge.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:** Langsam aber sicher wird die Rechnung für uns lesbar. In den letzten Jahren hat die Umstellung auf HRM2 immer wieder zu grösseren Verschiebungen geführt. Dies hat sich aber mittlerweile einigermaßen eingependelt und die vorhandenen Verschiebungen werden immer weniger. Die vielen zusätzlichen Blätter, die vom Rat gefordert wurden, sind unserer Meinung nach sehr aufschlussreich, interessant und die Details stossen auf grossen Anklang in unserer Fraktion. Dabei und auch beim Durchgehen des Geschäftsberichts wird ersichtlich, dass die Mitarbeitenden der Stadt sehr viele verschiedene Anforderungen zu erfüllen haben und ihre Aufgaben sehr gut erledigen. Wir möchten noch einige Anliegen anbringen, die uns am Herzen liegen.

Die Lohnkosten sind gesunken, aber die Gleizeit- und Feriensaldi steigen praktisch überall an. Daraus ist ersichtlich, dass Ende 2017 mehr Überzeit und nicht genommene Ferien vorhanden sind als Anfang 2017. Es darf nicht sein, dass Stellen nicht oder allenfalls später besetzt werden, nur um Kosten zu sparen. Denn diese Kosten werden auf dem Buckel der restlichen Mitarbeitenden gespart. Die Mitarbeiterumfragen zum Beispiel beim AZP zeigen nach oben, und dieser positive Effekt darf nicht zerstört werden durch Sparideen. Auch wurden die Weiterbildungskosten in nahezu allen Konten nicht ausgenutzt, in den meisten sogar bei Weitem nicht. Und dies ist nicht das erste Jahr, dass es so ist. Wir bitten hier den Stadtrat, aber auch die Amtsleitungen, ein Augenmerk darauf zu halten. Entweder sind die Budgetposten zu hoch angesetzt, oder es werden zu wenige Weiterbildungen besucht. In den meisten Bereichen sind diese Weiterbildungen wichtig und bringen der Stadt unter dem Strich einen Mehrwert.

Beim Tiefbau und den Werkbetrieben sind die Ausführungen der Projekte vielfach massiv tiefer ausgefallen als budgetiert. Dies wird meist durch tiefe Unternehmenspreise begründet. Wir begrüssen diese Wirtschaftlichkeit bei den Ausführungen und gehen davon aus, dass es in den nächsten Budgets angepasst wird. Auch müssen die Standards nicht immer die höchsten sein und ein einfacher Randabschluss bei gewissen Quartierstrassen kann durchaus praktikabel sein.

Die Rechnung der Werkbetriebe an die Stadt für die öffentliche Beleuchtung finden wir etwas seltsam. Eigentlich müsste hier einfach die Abgabe erhöht werden. Wir fordern deshalb klar, dass eine solche Rechnung nicht wieder gestellt werden darf, sondern der Tarif angepasst wird.

Die schwarze Null ist wieder einmal durch Effekte entstanden, die nicht budgetierbar waren. Ein grosser Posten dabei war das Konto 5110 Sozialhilfe und Beratung, welches 900'000 Franken besser abschloss als budgetiert.

Wir möchten allen danken, die wieder einmal mitgeholfen haben, die Rechnung möglichst tief und ausgeglichen zu halten und sie uns so übersichtlich wie möglich zu präsentieren. Auch für den ausführlichen Geschäftsbericht danken wir und nehmen ihn gern zur Kenntnis. Wir nehmen auch den etwas günstiger als geplant abgeschlossenen Murg-Auen-Park nun auch rechnungsaktiv zur Kenntnis und freuen uns über den schönen Park.

**Gemeinderätin Julia Bünter (CVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Die Rechnung wurde in unserer Fraktion eingehend besprochen und der bessere Abschluss als budgetiert erfreut zur Kenntnis genommen. Wir sind uns natürlich bewusst, dass dies nicht bedeu-

tet, dass es sicher gleich weitergehen wird. Das Motto, dass weiterhin gespart werden muss, besteht nach wie vor. Dieses Jahr wurde es verdankenswerterweise erneut wieder gut umgesetzt. Hier ein grosser Dank an alle, die dazu beigetragen haben. So kann trotz zusätzlich aufgetretener Posten wie beispielsweise des TLF-Kaufs eine gute Rechnung präsentiert werden. Der Abschluss wäre ja noch um 750'000 Franken besser, wenn die Hallenbadabschreibung korrekt hätte verbucht werden können. Es zeigt sich also, dass unser bisheriger Optimismus, was Rechnungsabschlüsse angeht, durchaus gerechtfertigt und nicht nur Zweckoptimismus war.

Vor wenigen Jahren wurde die Pensionskasse der Stadt Frauenfeld in die Selbstständigkeit entlassen. Durch Anpassung verschiedener Berechnungsfaktoren wurde damals eine massive Unterdeckung dargestellt. Auch hier entspricht nun die Wirklichkeit erfreulicherweise immer mehr unseren Prognosen respektive den befohlenen linearen Verbesserungen. Der Betrag für unsere Haftung reduziert sich somit laufend, worüber wir froh sind.

Bezüglich des IT-Sicherheitskonzepts freuen wir uns auf eine baldige Antwort, da sie schon – sagen wir es mal so – ziemlich lange aussteht. Das Departement Bau und Verkehr erreichte eine Punktlandung. Hier möchte ich noch erwähnen, dass wir es wichtig finden, dass die Gebühren für Baubewilligungen erhöht werden, denn sie sind selbst dann noch von der Stadt subventioniert. Einmal mehr zeigt sich die Ungenauigkeit bei Strassenbauprojekten. Die für künftige beschlossene Pauschalreduktion ist also sicher sinnvoll.

Die Werkbetriebe schlossen erneut sehr gut ab, was uns natürlich freut. Wir sind auch nicht der Meinung, dass die Gewinne noch mehr als jetzt schon an den Verbraucher zurückgegeben werden sollen. Die Werke haben damit die Kraft, Frauenfeld betreffend Energie vielleicht auch autonomer zu machen.

Die Departemente Alter und Gesundheit sowie Gesellschaft und Soziales waren beispielsweise dank schwarzer Zahlen im Asylbereich, aber auch dank Sparmassnahmen unter Budget. Ersteres ändert sich von Jahr zu Jahr wie auch die Prämienverbilligungen, die dieses Jahr hoch waren. Da viele wichtige Posten dieser Departemente so variabel sind, darf nächstes Jahr nicht per se mit einem gleich guten Abschluss gerechnet werden.

Wir waren froh über die Infos zum Dachverband, und die AWIQ-Broschüre wurde bei uns wohlwollend besprochen. Über die Zunahme beim AZP im Stellenplan haben wir diskutiert und Elsbeth Aepli konnte uns aufzeigen, dass es sich bei den Abweichungen auch um die Stellen der Lernenden und Praktikanten handelt. Zudem konnte sie uns davon überzeugen, dass diese durchaus stichtagbezogen sein können, zum Beispiel wenn hoher Pflegebedarf besteht, was dann aber auch vergütet wird. Deshalb wollen wir künftig hauptsächlich auf die Totalpersonalkosten schauen. Der gute Abschluss des AZP bereitet uns ebenfalls Freude. Wichtig ist mir an dieser Stelle, allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre gute und kostenbewusste Arbeit im vergangenen Jahr zu danken. Zudem speziell auch ein Dank – ich nenne es Rechnungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, denn dank ihnen haben wir eine detaillierte, gut erklärte und verständliche Rechnung mit vielen Zusatzinformationen erhalten. Und die Fragen in den GPKs wurden ausführlich beantwortet. Vielen Dank. Wir von der Fraktion CVP/EVP sind einstimmig für Eintreten und die Genehmigung bzw. Bewilligung der Anträge dieser Botschaft.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten und damit stillschweigend genehmigt ist. Wir kommen somit zur materiellen Beratung und folgen dabei den Departementen.

Departement I für Finanzen, Stadtentwicklung, Zentrales

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Die laufende Rechnung ist im Register 3 hinter der letzten blauen Seite auf den Seiten 1-52. Die Investitionsrechnung ist im Register 2 hinter der blauen Seite Seiten 1-2.

**Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** An der Sitzung vom 3. Mai 2018 stand uns auch der Leiter des Finanzamtes Reto Angehrn als Ansprechperson der Stadtverwaltung zur Verfügung und erteilte uns auf unsere Fragen kompetente und umfassende Auskünfte. Besten Dank. Zur Investitionsrechnung gab es keine Fragen und Bemerkungen seitens der Kommissionsmitglieder. Im Rahmen der Erfolgsrechnung möchte ich auf einige Diskussionspunkte in der GPK hinweisen, auch wenn sie nicht alle auf Konten bezogen sind.

Im Zusammenhang mit anderen IT-Fragen haben wir auch feststellen müssen, dass das Konzept für die IT-Sicherheit immer noch pendent ist, obwohl auf einen alten Managementletter zurückgehend. Hier erwarten wir bald konkrete Fortschritte.

Auf Seite 27 Konto 3632.1510 haben wir dann noch ein Kässeli gefunden, das nun aber leider leer ist. Vermutlich muss der Beitrag der Strombezüger für die öffentliche Beleuchtung nächstens leicht angehoben werden.

Wir haben im Register 3 auf Seite 40 zu Konto 3830.61 die Abschreibungsregel bei Spezialfinanzierungen im Kommentar hinterfragt. Wir haben unserem Stadtpräsidenten geglaubt, dass das Thema im Stadtrat besprochen wurde, auch wenn es keinen formellen Beschluss gab, respektive gibt. Noch keinen, das kann ja auch ändern.

Auf den dunkelgelben Blättern haben wir verschiedene Projekte angeschaut, die dort zusammengefasst sind, weil sie auf Ausgaben aus verschiedenen anderen Konten bestehen.

Betreffend OLMA auf Seite 13 stellten wir fest, dass eine Nutzenanalyse sehr schwierig wäre, dass sich diese Imagewerbung aber gelohnt hat. Betreffend Stadtfest 2019 geht es auf Seite 15 um Konzeptarbeit. Wir haben uns auch über den Stellenplan im Register 5 unterhalten und festgestellt, dass es wichtig wäre, Soll- und Ist-Daten an den gleichen Terminen zu erfassen. Die grosse Abweichung auf Seite 41, in der Anzahl sind es viele, in Prozenten etwa 5, konnte uns Stadträtin Elsbeth Aepli anschliessend per Mail erklären, einerseits mit Schwankungen bei den Lernenden und Praktikanten und Praktikantinnen, andererseits aber auch mit unterschiedlichem Pflegebedarf, was sich aber auch mit entsprechenden Vergütungen kompensiert. Also anders als in der restlichen Stadtverwaltung ist es hier weniger genau möglich, eine komplett genaue Zahl zu definieren, weil hier logischerweise auch auf den Pflegebedarf Rücksicht genommen werden muss.

Der Managementbericht und der Bericht der Rechnungsprüfungskommission sind verständlich und sehr umfangreich. Wir haben diese angeschaut und die Antworten der Exekutive und der Stadtverwaltung sind für uns plausibel. Die GPK hat sich dabei auch mit den verschiedenen Zinsen, die innerhalb der verschiedenen Stadtrechnungen angewendet werden, auseinandergesetzt. Auch hier haben wir anschliessend ein Mail erhalten mit den entsprechenden Beschlüssen, wo welche Zinsen anzuwenden sind. Sie sind einleuchtend, zweckmässig und legitim.

Der Geschäftsbericht ist angenehm zu lesen und sehr informativ. Entsprechend wird der Umfang nicht infrage gestellt, sondern die damit verbundene Arbeit gelobt und verdankt. Er zeigt uns schön auf, wie viele und interessante Sachen in der Stadt laufen und welche gute Arbeit geleistet wird. Den Geschäftsbericht haben wir einstimmig genehmigt und dem Antrag 1 in der Botschaft Nummer 32 haben wir einstimmig zugestimmt, soweit es unsere GPK betrifft. Es bleibt also nur noch, allen an der Rechnung beteiligten Personen, insbesondere aber Reto Angehrn für die

kompetente Arbeit und Auskünfte zu danken, ebenso aber allen Stadtmitarbeiterinnen und -mitarbeitern für die wertvolle Arbeit und die Sparsamkeit, die sie an den Tag legen.

Departement II für Bau und Verkehr

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Die laufende Rechnung ist im Register 3 auf den Seiten 52-78 und die Investitionsrechnung ist im Register 2 hinter den blauen Seiten auf den Seiten 2-15.

**Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen:** Ich weiss nicht, ob alle hier im Raum wissen, was ein Bankettschlegler ist. Ich weiss es jetzt und auch sonst ist so eine Rechnung einer Gemeinde eine sehr interessante Lektüre. Also mindestens für mich war es so und ich habe viel gelernt, auch von den Kolleginnen und Kollegen aus der Kommission. Stadtrat Urs Müller sowie die Herren Angehrn, Helbling und Graf konnten uns sehr kompetent und zu unserer vollen Zufriedenheit Antworten geben. Ich möchte noch einige Ergänzungen zu einzelnen Konten anbringen, wo es grössere Abweichungen gab und wo man anhand der Erläuterungen nicht sieht, wie diese Abweichungen zustande gekommen sind.

Amt für Hochbau und Stadtplanung auf Seite 55 Kontogruppe 2111 Konto 4210.10: Das sind die Gebühren aus Amtshandlungen, von denen wir schon gehört haben. Es ist so, dass diese Gebühren verdreifacht wurden. Das klingt nach viel, es ist aber so, dass der Kostendeckungsgrad nur bei 20 % lag und jetzt immerhin auf 60 % erhöht werden konnte. Das klingt nun vielleicht wieder nach wenig, aber Frauenfeld liegt mit diesen 60 % im Bereich anderer Gemeinden rund um Frauenfeld herum. Gemeinden mit einem Deckungsgrad von 100 %, hat man uns gesagt, gebe es offenbar praktisch nicht.

Seite 57 Kontogruppe 2114 und 2115 Fonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Dort sind nicht überall Budgetzahlen drin. Das liegt einfach daran, dass man im Vornherein nicht weiss, was für Gesuche effektiv eingereicht werden. Die Zahlen erscheinen dann in der Rechnung, wenn ein Gesuch eingegangen ist.

Seite 58 Kontogruppe 2116 Kontonummer 4200.00: Es gibt grössere Differenzen bei den Ersatzabgaben der Parkplätze. Dies war eine ungünstige Konstellation zwischen einem grossen Eingang an Parkplatzerersatzabgaben im Jahr 2016. 2017 wurden viel mehr Parkplätze gebaut und man musste die Ersatzabgaben wieder rückvergüten.

Werkhof Seite 73 Kontogruppe 2340 Kontonummer 3130.30 und 31: Hier geht es um verschiedene Entsorgungsfragen. Bei der Grüngutabfuhr war der Budgetposten zu hoch, weil er noch auf alten Tarifen basierte. Diese wurden angepasst, daher erreichte man weniger Einnahmen. Der Budgetposten 3130.31 hat mit der Eröffnung des RAZ zu tun. Man erhoffte sich, dass die Stadt durch die Eröffnung des RAZ Entsorgungskosten einsparen kann, musste dann aber feststellen, dass der Hauptteil der öffentlichen Entsorgungskosten via Abfalleimer anfallen, weshalb man da vom RAZ keinen Nutzen ziehen kann. Deshalb sanken diese Kosten nicht so stark wie angenommen.

Seite 77 Kontogruppe 2391 Schiessanlage: Hier wurde uns gesagt, dass die Schiessanlage für die Stadt eigentlich eine rentable Sache wäre, sie lässt sich aber nicht kostendeckend betreiben, weil es im Schiesswesen verschiedene gesetzliche Gemeindepflichten wie zum Beispiel den Unterhalt des Kugelfangs oder Lärmschutzmassnahmen gibt. Die Stadt klärt zurzeit auch ab, welche dieser Leistungen tatsächlich erbracht werden müssen.

Dann noch eine Bemerkung zur Investitionsrechnung: Dazu wurde schon viel gesagt. Es liegt ein bisschen in der Natur des Bauens, das zwischen Budget und Rechnung grössere Abweichungen

entstehen können. Das kann zum Beispiel sein, wenn man einen Posten in einem Jahr budgetiert, die Arbeiten im gleichen Jahr macht und die Rechnung erst im nächsten Jahr stellen kann, so entsteht bereits eine grosse Abweichung. Dies manifestiert sich noch viel mehr, wenn man Bauprojekte hat, welche über mehrere Jahre laufen. Damit muss man einfach leben.

Vonseiten der GPK Bau, Werke, Anlagen gibt es noch einen Wunsch an den Stadtrat: Im Amt für Tiefbau und Verkehr sind die Projektierungskredite bei Strassen- und Tiefbauarbeiten seit Jahren zu hoch und werden immer nur zu 80 % ausgeschöpft. Der Wunsch der GPK ist, diese Projekte realistischer zu budgetieren.

Bilanz Register 4 Seite 8 Kontonummer 2900.01 Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung: Hier wurde einmal gesagt, man wolle einen Bestand von 9 Mio. Franken haben. Dieser Bestand liegt unterdessen ungefähr bei 10 Mio. Franken. Es ist substantiell mehr, aber Urs Müller konnte gut beantworten, warum das so ist. Es stehen nämlich grössere Investitionen an zur Entfernung von Mikroverunreinigungen aus dem Abwasser, daher wurde die Spezialfinanzierung höher geöffnet.

**Gemeinderat Andreas Elliker (SVP), Referent im eigenen Namen:** Seite 57 Energieberatung Stadt Frauenfeld / Energiefonds: Ich möchte von Anfang an etwas klarstellen: Ich bin nicht gegen einen Bau oder gegen Solaranlagen. Ich möchte nicht, dass dies missverstanden wird. Aber wenn ich unsere Stadt anschau, wo Solaranlagen gebaut werden und jeder Private eine Solaranlage bauen kann und diese dann auch von den Werkbetrieben abgenommen werden muss, frage ich mich schon, ob das ökologisch sinnvoll ist, wenn irgendwo in der Pampa oder irgendwo ohne grosse Abnahme der Energie eine dicke Leitung gezogen werden muss und dieser Strom abgenommen werden muss. Wir haben den Energiefonds von 1 Mio. Franken. 500'000 Franken gehen an Gebäude und Anlagen der Stadt, 500'000 Franken an Private. Ich denke, wir müssen schauen oder unsere Aufgabe als Parlamentarier ist auch darin, das Auge darauf zu werfen, was in dieser Sache wirklich ökologisch ist. Als mittelgrosser Strombezüger mit 65'000 Kilowattstunden zahle ich zum Beispiel an einem Nachmittag wie heute, wo die Sonne stark scheint, Stromspitze. Die Solaranlagen rundherum sind froh, wenn ich diesen Überstrom abnehme und das Netz entlaste. Ich zahle Spitze. Hinzu kommt noch, es ist eine Werkbetriebsgeschichte, betrifft aber auch die Stadt, ich bezahle noch 0.9 Rappen für die öffentliche Beleuchtung, ohne dass ich an meinem Standort etwas von der öffentlichen Beleuchtung habe. Ich weiss, das ist solidarisch, aber es geht in die gleiche Richtung. Ich denke, das Interesse des Stadtrats müsste sein, über den Gemeinderat, abgestützt auf die Fraktionsgrössen, eine Kommission zusammenzustellen, wie wir solche Sachen in Zukunft ökologischer machen können.

Im Geschäftsbericht stand auch etwas zur Planung von Speichermöglichkeiten. Ich bin eigentlich ein Freund von Speichermöglichkeiten, aber auch da muss hinterfragt werden: Wie viel kostet die Produktion einer Batterie, wie viel die Rohstoffe im Abbau ökologisch? Was kostet der Rückbau? Wie hoch ist die Lebensdauer? Und dann kann man auch hinterfragen, ob dies ökologisch ist. Das sage ich als Biobauer, der sich mit dem Boden und der Natur auseinandersetzt und in der SVP ist. Ich kenne nur eine Speichergeschichte, die aus meiner Sicht einigermaßen tragbar ist, und das ist die Wasserspeicherung mit Wasserspeicherwerken. Ich weiss nicht, wie wir die Stromspitzen mit übermässigen Solaranlagen in Frauenfeld sonst speichern sollten. Doch dies ist eine teure Angelegenheit. Die Deutschen lassen die Windräder laufen, weil sie zu viele Solaranlagen haben, um den Strom wegzubringen.

Seite 73 Grüngutabfuhr: Ich habe mich heute noch bei unserem Finanzchef erkundigt, ich konnte anhand der Gebühren abschätzen, wie viel Tonnen wir in die Kompogas Winterthur AG liefern. Wir bezahlen Gebühren von 100 Franken, das können wir aus den Geschäftsberichten 2015, 2016 und 2017 herauslesen. 3300 Tonnen Grüngut werden in die Kompogasanlage nach Winterthur gebracht, dort wird es zu Biogas verarbeitet. Biogas. Ich bin nicht überzeugt, ob die-

ses Gas wirklich Bio ist. Der eine Grund sind die Transportkosten hin zu dieser Anlage, die Distanz ist weiter, als wenn man es in der Nähe von Frauenfeld machen würde. Das andere ist ganz klar, was passiert bei dieser Fermentieranlage? Kohlenstoffe sind dafür da, den Humus im Boden aufzubauen. 70 % der Kohlenstoffe der Pflanzeninhalte werden verbrannt. Das Biogas wird nicht von Luft und Liebe hergestellt, sondern es werden Kohlenstoffe verbrannt. Das heisst, es entsteht ein Gärstoff und es entsteht ein Substrat. Es entsteht ein hochaggressiver Gärstoff, der aus sehr viel schnell verfügbarem Stickstoff besteht, also sehr viel Nitrat. Und wenn damit nicht haushälterisch umgegangen wird, entstehen Auswässerungen von Nitrat im Grundwasser. Da kann man sich fragen, ob dies noch biologisch ist. Das Substrat, welches übrig bleibt, ist nicht aktiv, dies muss abgeführt werden, in einer Anlage wieder aktiviert werden mit gewissen Stoffen, die aktivierungsfähig sind, aufbereitet und dann wieder ausgebracht werden. Andere Stoffe wie Kalium und Phosphor verändern sich auch in der Verfügbarkeit. Im Normalfall werden diese Stoffe schneller verfügbar und dies ist immer problematischer für den Boden und die Bodenlebewesen. Wenn Sie dem Boden 70 % des Kohlenstoffs wegnehmen, haben die Bodenlebewesen keine Nahrung mehr und sie verhungern. Das ist etwa das Gleiche wie der Wal, der die Plastiksäcke auffrisst und den Magen voll hat. Es geht in die gleiche Richtung. Darum frage ich mich, ob diese Anlage wirklich ökologisch ist, aber es wird als Biogas verkauft. Ich kann es aber nicht mit einer wirklichen Faktenlage erklären. Ich will noch eine Zeitspanne zurückgehen: 2011 wurde die Kompogas Winterthur AG gegründet bzw. ihr wurde im Gemeinderat zugestimmt. Es sind noch acht Gemeinderäte aus dieser Zeit da. Wenn man den Gemeinderatssekretär Herbert Vetter hinzuzählt, sind es neun, beim Stadtrat waren Christa Thorner, Elsbeth Aepli und Urs Müller dabei. Die Stadt Frauenfeld ist mit 14 % an dieser Anlage beteiligt, die Stadtwerke Winterthur mit 34 % und die AXPO mit 52 %. Die AXPO wird von den Kantonen kontrolliert und die Kantone werden sicher dann nicht sagen, es sei umweltschädlich. Mir ist es ein Anliegen, dass sich der ganze Stadtrat über den Energiefonds, der sinnvoll ist, künftig genau überlegt, was für Projekte da unterstützt werden und ob es nicht sinnvoller wäre, die politische Meinung aus dem Parlament breit abgestützt in einer Kommission einzuholen.

**Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im eigenen Namen:** Ich möchte noch etwas erwidern auf das interessante Votum von Andreas Elliker zur Biogasgeschichte. Es ist etwas, worin ich gleicher Meinung bin wie du. Beim Fonds für erneuerbare Energie und Energieeffizienz müssen wir etwas machen, dieses Geld müssen wir besser einsetzen. Ich wollte dich auch noch daran erinnern, dass das Erdgas nicht von hier aus dem Boden kommt, es kommt von noch viel weiter weg als diese paar Kilometer nach Winterthur, wohin wir unser Grüngut bringen, und das ist noch der viel schlimmere Teil. Wenn nun eine Stadt wie Frauenfeld auf Gedeih und Verderben Leitungen legt, damit man mit Gas heizen muss, ist Biogas die bessere Alternative.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Meine Herren, wir sind eigentlich bei der Rechnung und nicht beim Biogas.

**Stadtrat Urs Müller (CH):** Die Zahl, wie viel Grüngut wir liefern, hätten Sie nicht berechnen müssen, die steht ebenfalls im Geschäftsbericht auf Seite 94. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Transport mit einem Gasfahrzeug ausgeführt wird. Das war Bedingung für die Ausschreibung. Der tankt also gleich das Gas, welches da produziert wird.

Betreffend Forderung für eine Kommission: Wir sind daran, uns zu überlegen, ob die Zweckverwendung des Energiefonds so noch Sinn macht, aber das Reglement ist ein gemeinderätliches, damit würden wir selbstverständlich in den Rat kommen, wenn da Beschlüsse notwendig sind. Eine zusätzliche Kommission sehe ich nicht, dafür gibt es bereits bestehende Gefässe, ansonsten müssen Sie einen entsprechenden Vorstoss machen.

Departement III für Werke, Freizeitanlagen und Sport

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Die laufende Rechnung ist im Register 3 auf den Seiten 78-94 enthalten, die Investitionsrechnung in Register 2 auf den Seiten 15-17.

**Gemeinderat Robert Zahnd (SVP), Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen:** Die Gesamtrechnung dieses Departements schliesst gegenüber dem Budget um 63'000 Franken höher ab. Darin eingeschlossen sind auch die 769'500 Franken zusätzliche Abschreibungen beim Hallenbad. Finanzchef Reto Angehrn hat der GPK eine Aufstellung abgegeben, wie sich diese zusätzlich geplante Abschreibung berechnet. Vereinfacht gesagt sind alle noch nicht fertig abgeschriebenen Bauteile der Sanierung 2003/2004 aufgeführt, die mit dem allfälligen Neubau des Hallenbads abgerissen und somit bis zu diesem Zeitpunkt abgeschrieben werden müssen. Das heisst, bisher wurden 424'300 Franken jährlich abgeschrieben, neu sollen dies 1'193'800 Franken sein. Somit wären alle diese Bauteile bis am 31. Dezember 2021 abgeschrieben.

3120 Hallen- und Freibad: Einkauf Badeartikel für Wiederverkauf: Die Marge sowie der Umsatz sinken. Wie weit das Angebot noch erhalten werden soll, muss abgeklärt werden. Generell wurde beim Hallenbad der Unterhalt auf das Nötigste begrenzt.

3130 Casino: Beim Verkauf des übernommenen Gastroinventars von Richard Weber musste viel abgeschrieben werden. Der Platz kann nun aber anderweitig gebraucht werden. Die Kosten für die spezialisierte Firma für einen solchen Kauf sind im Verhältnis zum Ertrag sehr hoch.

3133 Murg-Auen-Park: Die Pauschalkostenberechnung des Werkhofs für den Parkunterhalt ist noch nicht enthalten, es gibt noch keine Erfahrungswerte. Dies zur laufenden Rechnung.

Investitionsrechnung: Von den budgetierten 2'140'000 Franken wurden nur 635'000 beansprucht. Die grossen Abweichungen sind:

- Der Wettbewerb Hallenbad 2020, budgetiert mit 400'000 Franken, wurde verschoben.
- 3122 Sportanlagen Hochbauten: Die Energieoptimierung/Wärmedämmung, Garderobenbau und Lüftung wurde ebenfalls nicht realisiert, budgetiert waren hier 63'000 Franken.

Und dass ich nicht nochmals ans Rednerpult kommen muss: Die GPK stimmt der Abrechnung für die Erstellung des Murg-Auen-Parks mit Minderkosten von 220'000 Franken gegenüber dem Kredit von 3.6 Mio. Franken einstimmig zu.

Departement V Departement IV für Alter und Gesundheit

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Die laufende Rechnung ist im Register 3 auf den Seiten 94-103, Investitionsrechnung gibt es hier keine.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft und Gesundheit:** Das Departement IV für Alter und Gesundheit schliesst mit Ausgaben von knapp 7.4 Mio. Franken mit 290'000 Franken über Budget ab. Diese an sich nicht so grosse Budgetabweichung hat einen bitteren Nachgeschmack, weil noch bis im Februar von einem Abschluss gut unter Budget ausgegangen werden konnte, bis vom Kanton die Rechnungen zu den Prämienverbilligungen und den Übernahmen von Prämienausständen eintrafen, die zusammen gut 370'000 Franken über Budget ausfallen. Auf Seite 101 sehen wir das beim Konto 4122. Diese Ausgaben sind durch das Departement nicht beeinflussbar. Sie sind gesetzlich vorgegeben und auch die Budgetierung erfolgt auf Empfehlung des Kantons. Die übrigen Bereiche des Departements hingegen schlossen erfreulicherweise unter Budget ab. Besonders erfreulich ist, dass der Beitrag an die Spitex 50'000 Franken unter Budget ausfiel, wir sehen das auf Seite 102 Konto 4140.3636.02 und 03. In der GPK gaben zwei Themen zu reden.

In den vergangenen Sitzungen wurde wiederholt die Arbeit des Dachverbands für Freiwilligenarbeit genau unter die Lupe genommen. Auf Seite 96 oben Konto 4000.3636.26. Der Amtsleiter Urban Kaiser gab uns dazu eine Liste der vermittelten Freiwilligen ab und legte überzeugend die gute Arbeit des DaFA dar. Unser vermehrtes Nachfragen wurde gut und gründlich beantwortet.

Dann warf diese ausführliche und grosszügig gestaltete Broschüre zum Schlussbericht des AWIQ (Älter werden im Quartier) die Frage auf, was dieses Hochglanzding gekostet hat und wer es bezahlt hat. Die Antwort war, dass die Broschüre von der AGE-Stiftung in dieser Form gefordert, gestaltet und auch finanziert wurde. Sie möchte mit dieser Broschüre das AWIQ Kurzdorf als Vorzeigeprojekt exemplarisch weiterempfehlen, und die Stadt erhielt prompt auch viele Reaktionen aus dem In- und auch aus dem Ausland auf diese Broschüre hin. In diesem Sinn ist die Broschüre nicht ein Ärgernis, sondern ein Glücksfall für die Stadt, die sie selber nichts gekostet hat. Freuen wir uns darüber, anstatt uns aufzuregen, dass man sich so schön präsentieren muss.

Weitere Fragen konnten alle zur Befriedigung der GPK beantwortet werden. Die GPK ist mit der Arbeit und der Rechnungsführung im Departement sehr zufrieden und stimmte der Rechnung einstimmig zu.

Eine Bemerkung noch zum Schluss: Wie Vizepräsidentin Severine Hänni schon erwähnt hat, sind auch wir in der GPK dankbar, dass vonseiten der Stadt auf die wiederholt späte Verfügbarkeit der GPK-Protokolle reagiert wurde mit Aurelia Brenner, der stellvertretenden Gemeinderatssekretärin, welche in Zukunft die Protokolle der GPK Gesellschaft und Gesundheit erstellen wird und damit den Ratssekretär entlastet. Auch wenn es diesmal aus gut erklärbaren und nachvollziehbaren Gründen noch nicht geklappt hat, sind wir zuversichtlich, dass bei den nächsten Budgetberatungen die Protokolle rechtzeitig für die Fraktionssitzungen zur Verfügung stehen. Es ist für die Fraktionsarbeit wichtig, dass wir darauf zugreifen können und wir sind dankbar, dass die Bemerkungen dazu gehört und ernstgenommen wurden.

Departement V für Gesellschaft und Soziales

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Die laufende Rechnung ist im Register 3 auf den Seiten 103-120, die Investitionsrechnung ist im Register 2 auf Seite 17 zu finden.

**Gemeinderätin Julia Bünter (CVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft und Gesundheit:** Die Rechnung dieses Departements wurde in unserer GPK besprochen und wir konnten erfreulicherweise über ein seit Langem sehr gutes Resultat informiert werden. Dieses Jahr kam es dank des Sparwillens, aber auch dank glücklicher Zufälle mit Kosten von rund 9.6 Mio. Franken sogar zu einem besseren Resultat als im Jahr 2016. Es wird aber leider nicht so weitergehen. Turi Schallenberg konnte als Amtsleiter die Rechnung des Amtes für Soziales mit 1 Mio. Franken unter Budget abschliessen. Das ist sehr erfreulich, man muss aber wissen, dass ein wichtiger Punkt das Asylwesen war. Hier gab es mehr Rückerstattungen als Ausgaben. Es wurde aber nicht gespart. Momentan wird vor allem grosser Wert auf die integrativen Massnahmen gelegt, und die meisten Personen sind dankbar über diese Anleitungen. Die GPK wurde auch noch genauer über die Zahlen im Asylbereich informiert. Wie wir wissen, ist die Budgetierung in diesem Amt sehr schwierig, da es sehr von den Unterstützungsempfängern abhängt. Deshalb sind wir froh über das positive Ergebnis.

Im Bereich der Sozialhilfe konnten die neu genehmigten Stellen besetzt werden. Es entstanden allerdings immer noch vermehrt Überstunden, weil es Personalwechsel und zeitweise Vakanzen gab. Bei den Sozialhilfeempfängern konnten dank genauem Hinschauen und Untersuchen der Akten von Ehemaligen Rückerstattungen früherer Unterstützungen eingefordert werden. Hier

möchte ich an alle Mitarbeiter einen grossen Dank aussprechen für die seriöse und engagierte Arbeit.

Aktuell sind nur drei Klienten im Einsatz eines Berufspraktikums. Turi Schallenberg erklärte, wie die Vergabe abläuft und dass es letztes Jahr wenig geeignete Klienten – hier das Stichwort Arbeitsmarktfähigkeit – gab. Zudem sei es schwierig, passende Plätze zu finden.

Noch ein Hinweis zu den erwähnten Aus- und Weiterbildungskosten: Sie werden einheitlich budgetiert und deshalb teilweise nicht aufgelistet oder es scheint, als ob sie nicht genutzt worden wären. Die Amtsleiter sind sich deren Wichtigkeit in diesem Departement bewusst.

Markus Kutter zeigte uns die 12 %igen Minderausgaben des Amts für Gesellschaft und Integration mit Freude. Mit so einem Abschluss sei nächstes Jahr aber auch nicht mehr unbedingt zu rechnen, da es mit den vom Kanton subventionierten Deutschkursen zusammenhängt und die Nachfrage hier ist leider rückläufig. Dazu noch die interessante Information, dass reguläre Kurse vor allem von Italienern, Albanern und Portugiesen und die Flüchtlingskurse vor allem von Eritreern und Syrern genutzt wurden.

Ebenso gab es weniger Ausgaben bei den Pflegeeltern. Hier scheint die aufsuchende Elternarbeit Früchte zu tragen. Auch hier einen Dank für diese wertvolle Arbeit.

Die Spesenaufwendungen für die Fachstelle Kinder- und Jugendanimation 20gi wurden bei Projekten ausgegeben.

Jetzt bedanke ich mich im Namen der GPK Gesellschaft und Gesundheit ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bei Christa Thorner für die geleistete Arbeit. Einstimmig empfehlen wir die Annahme dieses Teils der Rechnung. Das Protokoll wurde bereits von Samuel Kienast verdankt, weshalb ich mich hier nur kurz und bündig anschliessen möchte. Vielen Dank für eure Bemühungen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Somit haben wir die Abteilungen der Stadtverwaltung abgeschlossen und behandeln noch die übrigen Register des Rechnungsordners. Zur weiteren Diskussion steht das Register 4 Bilanz 2017 inklusive Anlagespiegel und Geldflussrechnung.

Keine Wortmeldungen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Dann kommen wir zum Anhang der Jahresrechnung 2017 Register 5.

Keine Wortmeldungen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Somit haben wir auch diese Register abgeschlossen. Wir kommen nun zu den Rechnungen der stadteigenen Betriebe.

Rechnung der Werkbetriebe

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Die laufende Rechnung finden Sie im Register 7, Investitionen in Register 6, die Bilanz in Register 8 und Lagebericht Eigenkapitalnachweis und Kennzahlen in Register 9.

**Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen:** Einmal mehr konnte der zuständige Stadtrat Ruedi Huber verkünden, dass die Werkbetriebe

Frauenfeld im Jahr 2007 ein ausserordentlich erfreuliches Ergebnis erarbeiten konnten. Er mahnte aber auch davor, übermütig zu werden, weil im Energiebereich zukünftig noch einige Herausforderungen auf die Werkbetriebe zukommen werden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Restbuchwerte der Anlagen der Werkbetriebe aufgrund der kurzen Abschreibungsdauer in der Vergangenheit immer noch auf sehr tiefem Niveau sind und kontinuierlich wachsen werden, was auch die notwendigen Abschreibungen laufend erhöhen wird. Gemäss den Ausführungen der Werkbetriebe bewegt sich das operative Ergebnis praktisch auf dem Niveau des Vorjahrs. Das Budget wurde bei einem Bruttoertragsüberschuss von 9.9 Mio. Franken um 5.16 Mio. Franken übertroffen. Vom Überschuss sollen 2 Mio. Franken für Rückvergütungen an die Kunden eingesetzt werden. Der restliche Gewinn soll transparent ins Eigenkapital übertragen werden.

Die geplanten Investitionen wurden zu knapp 70 % umgesetzt, wobei die Restbuchwerte um gut 2.7 Mio. Franken auf gut 10 Mio. Franken per Ende 2017 anstiegen.

Die Rechnung 2017 der Werkbetriebe gab in der GPK wenig Anlass zu Diskussionen. Anders sah es bei der Verwendung des erwirtschafteten Gewinns aus. Ein Kommissionsmitglied stellte dazu im Namen eines anderen Kommissionsmitglieds, welches die Sitzung früher verlassen musste, drei Anträge.

Der erste Antrag lautete, die Einlage der Rückvergütung Energie ab 1. Juli 2018 in der Höhe von 500'000 Franken gemäss Botschaftsantrag 3.1.1 sei für einen kostenlosen Herkunftsnachweis HKN für Eigenproduzenten zu verwenden. Sowohl aus der Kommission wie auch von den Werkbetrieben wurden Bedenken geäussert, ob eine solche Gewinnverwendung gerade im Zusammenhang mit den Erkenntnissen aus dem Bericht von Prof. Dr. Müller, welcher im Rahmen des Geschäfts Wärme Frauenfeld erstellt wurde, überhaupt zulässig wäre. Der Antrag wurde von der GPK einstimmig abgelehnt.

Der zweite Antrag lautete, die Einspeisevergütung sei wieder auf den Stand des Jahres 2015 zu erhöhen. Auch dieser Antrag wurde von der GPK einstimmig abgelehnt.

Mit dem dritten Antrag wurde gefordert, dass den Kunden Biogas zum gleichen Preis wie normales Gas abgegeben wird. Vonseiten der Werkbetriebe wurde darauf hingewiesen, dass Biogas im Einkauf viermal teurer sei als normales Gas und dass die Kosten bei Annahme dieses Antrags nicht abgeschätzt werden könnten und dass es auch nicht sicher sei, dass die nötige Menge an Biogas auf dem Markt überhaupt beschafft werden könnte. Von einem Kommissionsmitglied wurde die Meinung geäussert, dass im Rahmen der Rechnungsabnahme solche politischen Vorstösse nicht angebracht seien. Es sei zwar legitim, einen Antrag zu stellen, das übersteige aber den Rahmen einer Rechnungsabnahme. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag zurückgezogen.

Die GPK Bau, Werke, Anlagen stimmte daraufhin den Anträgen 3, 3.1.1, 3.1.2 und 3.1.3 der Botschaft einstimmig zu.

**Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der Grünen:** Wie Sie unschwer erraten können, wurden diese Anträge ursprünglich von mir ausformuliert. Ich möchte noch etwas zu diesen Anträgen sagen.

Zur Verwendung der Ertragsüberschüsse für Rückvergütungen an Kunden: Wir mussten in den vergangenen Wochen feststellen, dass dies ein heisser Kartoffel ist, den wir da angepackt haben. Was wir leider auch feststellen mussten, dass man je nachdem, wen man fragt, andere Antworten erhält. Ich möchte daher versuchen, genau aufzuzeigen, wie die Anträge zustande gekommen sind. Schaut man die Bemerkungen der Erfolgsrechnung der Werkbetriebe an, steht in Register 8 auf Seite 13 und 15, dass im letzten Jahr durch den Verkauf von Strom 700'000

Franken Gewinn erzielt wurde und durch den Verkauf von Erdgas ein Gewinn von 2.3 Mio. Franken. Wir sprechen also nicht von Gebühreneinnahmen wie zum Beispiel durch Netznutzung, sondern einfach durch den Handel mit Strom und Erdgas. Aus diesen Gewinnen sollen jetzt die Rückvergütungen bzw. Rückerstattungen an die Kunden finanziert werden. 500'000 Franken an die Stromkunden und 1.5 Mio. Franken an die Erdgaskunden. Wir finden, die Gelder im Giesskannenprinzip zu verteilen, ohne eine ökologische Lenkungswirkung zu machen, ist keine gute Lösung. Es ist so, dass Erdgas den Klimawandel und auch die Stromproduktion anheizt. Das macht besonders wenig Sinn, wenn eine Stadt den Energieverbrauch mit Tarifiereduktionen auf der einen Seite fördert, auf der anderen Seite öffnet die gleiche Stadt einen Energiefonds, womit sie genau das Gegenteil machen will und genau in die andere Richtung zielt, nämlich erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern. Wir sind der Meinung, dass der Verbrauch von Energie nicht durch Rückvergütungen in Form von Tarifiereduktionen belohnt werden sollte. Wir sind der Meinung, dass die Werkbetriebe Massnahmen fördern sollten, welche in erster Linie den Verbrauch reduzieren. Den Teil, welchen man noch braucht, soll man mit umweltschonenden Energieformen bereitstellen. Es gibt hier ein weites Feld von Massnahmen. Kollege Geuggis hat sie zum Teil schon genannt. Mit dem neuen Energiegesetz gibt es da auch Spielräume, zum Beispiel für die privaten Kleinproduzenten und Selbstverbraucher, von welchen wir in Frauenfeld mittlerweile 150 haben. Das sind nämlich die, die mit dem neuen Energiegesetz massgeblich dafür verantwortlich sind, die Energiewende einzuleiten. Das ist eine Folge des neuen Energiegesetzes. Wir finden deshalb, dass die Rahmenbedingungen für diese Kleinproduzenten möglichst günstig sein sollten.

Die Kleinproduzenten haben von den Werkbetrieben in den letzten Wochen das Angebot für eine kostenpflichtige Registrierung des sogenannten Herkunftsnachweises erhalten. Der Herkunftsnachweis ist ein Bestandteil des neuen Energiegesetzes und dient der Vermarktung des ökologischen Mehrwerts, zum Beispiel von Solarstrom. Das ist so etwas wie ein Wertpapier und ich gehe davon aus, dass es für die Werkbetriebe ein gutes Geschäft sein wird. Man hat zwar den Kleinproduzenten nun einen Rabatt gewährt. Offenbar kann man dort Gewinne hinein tun, wenn man will. Wir haben uns einfach gefragt, warum man in der Mitte stehen bleiben und das nicht gratis registrieren lassen will. Eine weitere Möglichkeit wäre zum Beispiel gewesen, den Strom, den die Eigenproduzenten ins Netz einspeisen, zu einem besseren Preis zu vergüten. Es ist nämlich so, dass die Werkbetriebe Frauenfeld da schweizweit ganz am Schluss stehen, was im Internet nachzulesen ist. Auch das könnte man mit diesen Gewinnen finanzieren. Es gäbe noch mehr Beispiele. Wir sind einfach der Meinung, dass es Spielraum gibt und man sollte diesen nutzen, wenn er vorhanden ist. Wir von den Grünen haben beschlossen, die Anträge 3.1.1 und 3.1.2 nicht zu unterstützen.

**Stadtrat Ruedi Huber (SVP):** Dieses Thema bricht immer wieder auf. Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass der sehr gute Rechnungsabschluss der Werkbetriebe nun zu diversen Begehrlichkeiten führt. Das war vermutlich auch der Grund und die Angst meiner Vorgänger, welche deshalb die Gewinne der Werkbetriebe mit einer eher zurückhaltenden Transparenz dargestellt haben. Ich selber möchte offen kommunizieren. Das haben wir vereinbart und wir sind zum Teil auch gezwungen worden, aber es war nicht ein schlimmer Zwang. Aber es kann nicht sein, dass die Werkbetriebe dann für diese Offenheit bestraft werden. Was sind denn Gebühren? Was sind Gewinne? Das haben wir diskutiert, als es um die Wärme Frauenfeld AG ging. Damals haben wir auch gesagt, wir machen viele Millionen Gewinne, es hiess dann aber vonseiten von Fachleuten, dass es ja Gebühren waren, welche unsere Kunden bezahlt haben. Die Werkbetriebe haben nicht den Auftrag, Politik zu betreiben, diesen Auftrag hat die Politik, welche den Rahmen im Rahmen der schweizerischen Energiestrategie setzen muss. Es ist ganz klar, dass wir das mittragen. Als Verantwortlicher für die Werkbetriebe ist es mir ein Anliegen, dass diese Gewinne einerseits zur Sicherung der Zukunft der Werkbetriebe verwendet werden, aber auch möglichst allen Kundinnen und Kunden zur Verfügung stehen, welche diese Gewinne schlussendlich auch ermöglicht haben, nämlich mit dem Bezahlen ihrer Werkbetriebsrechnungen. Ich wehre mich

gegen Anträge, welche dazu führen, dass nur ein kleines Kundensegment überproportional von den guten Rechnungsabschlüssen profitieren kann. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis und darum, unsere Anträge zu unterstützen.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH):** Das Votum von Stadtrat Ruedi Huber hat mich nun doch dazu gebracht, noch zwei oder drei Sätze dazu zu sagen. Erstens vielen Dank Herr Stadtrat, dass die Werke die Rechnung transparenter legen. Das ist gut und das ist sicher auch Ihr Verdienst. Auch wenn Sie daran denken müssen, dass wir jahrelang üben mussten, bis wir das hatten, dann ist es auch bitter nötig, dass es so geworden ist. Eine transparente Rechnung, wie sie die Stadtverwaltung schon länger macht, ist nicht irgendwie ein Bonus oder ein Obolus oder etwas wahnsinnig Gutes, das muss Courant normal werden. Darauf haben wir Anspruch und darauf haben die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Anspruch. Und erst wenn wir eine transparente Rechnungslegung haben, können wir, was unsere Aufgabe ist – Sie stellen Anträge, wir entscheiden – entscheiden, was wir mit den Gewinnen machen wollen. Dann sind die Vorstellungen des Stadtrats, der einzelnen Fraktionen und dann wird politisch entschieden, wie Gewinne im Rahmen der rechtlich zulässigen Möglichkeiten verteilt werden. That's it und das ist keine Bestrafung. Das ist ganz normale Politik.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH):** Ich möchte gern noch etwas anfügen, und zwar zum Sprachgebrauch. Ich glaube, es geht hier nicht um Begehrlichkeiten, sondern es geht darum, dass jetzt die Chance da ist, das System so zu konstruieren, dass eben die richtigen Anreize gesetzt werden, am richtigen Ort Energie zu sparen und am richtigen Ort zu produzieren.

**Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP):** Das Votum von Heinrich Christ hat mich gerade angeregt zu entgegnen oder weiterzuführen: ja sehr wohl. Ich denke nur, dass die Rechnungssitzung vielleicht nicht gerade die geeignete Plattform ist, um solche strategischen Überlegungen weiterzuführen. Wir nehmen den Ball sehr gern auf. Natürlich, Sie haben das auch in verschiedenen Eintretensvoten gesagt, die Gewinne der Werkbetriebe müssen den Stadtrat dazu bringen, sich zu überlegen, wie wir weitergehen. Das ist sich der Stadtrat sehr wohl bewusst und er ist auch daran, diese Überlegungen zu machen und wird sie Ihnen auch präsentieren. Ich denke, es wäre aber ein Schnellschuss, jetzt aus der Hüfte geschossen, wenn ich ein bisschen so sagen darf, bei der Rechnung bei dieser Gewinnverwendung bereits grosse, weitreichende Entscheide zu treffen. Deshalb haben wir den Antrag so gestellt, wohl wissend, dass wir natürlich mit weiteren Unterlagen kommen müssen und auch werden.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Damit haben wir die Rechnung der Werkbetriebe abgeschlossen und gehen weiter zur Rechnung des Alterszentrums Park für das Jahr 2017. Die Erfolgsrechnung finden Sie im Register 10, die Bilanz im Register 11, den Anhang im Register 12.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft und Gesundheit:** Zur Rechnung des Alterszentrums Park kann ich mich kurzfassen. Die Gesamtrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von gut 346'00 Franken ab, die Erträge der einzelnen Teilrechnungen werden in den entsprechenden Konten für Innovationen abgelegt, die in Zukunft benötigt werden. Sie sind in den Anträgen der Botschaft auf Seite 36 aufgeführt.

Im Haus Ergaten-Talbach schlagen nicht ausgeführte Unterhaltsarbeiten positiv zu Buche. Wir sehen das auf Seite 9 Konto 43.4300. Sie erwiesen sich als noch nicht nötig und wurden darum noch nicht ausgeführt und zurückgestellt.

In der Rechnung der Parksiedlung wirken sich die Versicherungsentschädigungen der Fassaden-sanierung positiv auf das Resultat aus. Einzig die tiefe Belegung des Tageszentrums von 77.7 % gab und gibt zu denken. Die Leitung des Alterszentrums hat mit einer Analyse des Angebots

reagiert und wird Massnahmen einleiten. Das Angebot wird weiterhin als sehr wichtig und entscheidend eingestuft, man möchte es unbedingt weiterführen und macht darum Anstrengungen, herauszufinden, wie die Belegung optimiert werden kann. Dank der grossen Unterstützung des Fördervereins konnte aber auch diese Rechnung ausgeglichen gehalten werden.

Die GPK verdankte die engagierte und transparente Arbeit von Heimleiter Bernhard Liepelt und seinem Team mit einer einstimmigen Genehmigung der Rechnung und den Anträgen zur Verwendung der Überschüsse mit der Änderung der Zahl im Antrag 4.1 und 4.1.1 auf dem lachs-farbenen Papier. Wir schlagen es zur Genehmigung vor.

Keine Wortmeldungen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Die Rechnungen der Departemen-  
te und Betriebe haben wir nun beraten und kommen nun zum Geschäftsbericht.

Geschäftsbericht für das Jahr 2017

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Ich lade Sie ein, die Zeit etwas nach vorne zu spulen, vielleicht 20 Jahre in die Zukunft. Niemand mehr im Saal ist dann ganz jung, auch die Jungen nicht mehr. Und die Welt, wie sieht die Welt dann aus? Stellen Sie sich einmal Ihren Lieblingssort in Frauenfeld vor, stellen Sie sich dorthin und beobachten Sie das Leben. Wie kommunizieren die Menschen miteinander, wie konsumieren sie, wie begegnen sie sich usw.? Gern möchte ich anschliessen an eine Diskussion im Rahmen der gemeinsamen Fraktionssitzung SP/CH/Grüne/GLP und kurz auf den Geschäftsbericht zu sprechen kommen. Wie bereits erwähnt, danke vielmals für diese vielen gut gebündelten Informationen. Stellvertretend für alle Arbeitsbereiche einige Gedanken zum Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung Seite 45ff.

Es ist eindrücklich, in welcher Breite hier gearbeitet wird. Schauen Sie sich zum Beispiel dieses Zukunftsbild an. Das begrüssen wir sehr. Solche Bilder helfen, den Blick wie gerade vorhin und die Diskussion von heutigen oder sogar gestrigen Problemen in die Zukunft zu lenken. Genau darum sollte es bei der Stadtentwicklung nämlich gehen, Vorstellungen für die Zukunft zu entwickeln, die dann in den politischen Prozess einfliessen können. Diese Vorstellungen sollen mutig und kreativ sein und passend für die Frauenfelderinnen und Frauenfelder der Zukunft. Oft konzentrieren wir uns, da schliesse ich uns als Gemeinderat explizit mit ein, mit unseren Visionen auf die räumliche Sphäre. Wir sprechen viel über Bauten, Strassen usw. Das ist sicher alles wichtig, aber bevor wir damit beginnen, müssten in der Grundlage eigentlich Visionen über das gesellschaftliche Leben bestehen. Ich habe es genannt. Wie leben wir, wie lieben wir, wie arbeiten und konsumieren wir als Frauenfelderinnen und Frauenfelder in Zukunft? Was bedeutet zum Beispiel die Digitalisierung für uns, neue Familienstrukturen usw.? Themen könnte man hier viele nennen. Nun zurück zum jetzt ASS genannten Amt. Wir laden die Kolleginnen und Kollegen von ASS, aber auch von allen anderen Ämtern dazu ein, weiterhin und vermehrt in diese Richtung zu denken. Ich höre schon den einen oder anderen denken oder vielleicht leise sagen, das sei der Kunstwille, ein Luxus oder sogar nicht mal Aufgabe der Stadt. Nein, das ist nicht so. Wenn wir als Kommunen, als lokale Gesellschaften diese Diskussionen nicht selbst führen, ist es eigentlich kein Problem. Es gibt genügend andere, die sie für uns führen. Google, Facebook, Amazon usw., im besten Fall denkt vielleicht die EU noch mit, ganz vielleicht der Bund. Wollen wir das so? Nein. Ich denke, die Probleme der Zukunft sind die Probleme, die wir selbst lokal wenigstens mitlösen sollen. Für diese wahrlich nicht einfache Aufgabe wünsche ich den Beteiligten speziell in der Stadtverwaltung viel Erfolg und ich hoffe, dass auch wir selbst im Gemeinderat uns an der Nase nehmen und von den gestrigen Problemen zu den zukünftigen Problemen kommen werden.

**Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP):** Vielen Dank an dieser Stelle für die wohlwollenden Worte zur Rechnung und jetzt auch noch zum Geschäftsbericht. Ich kann Ihnen versichern, wir nehmen die Anregungen, die in Ihren Voten enthalten sind, gern mit. Ich nenne als Beispiele Dotationskapital, Gewinn der Werke gerade eben intensiv diskutiert, Ausbaustandard, das dürfte auch ein GPK-Thema sein, Budgetierung, Budgetierungsgenauigkeit, IT-Sicherheitskonzept, Abschreibungsregelungen, Stellenplan, Verwendung des Fonds für erneuerbare Energien, Geschäftsbericht. Bei einem Teil dieser Anregungen sind wir bereits dran, haben wir bereits den Ball aufgenommen. Teilweise sind auch Ihre Aussagen etwas widersprüchlich, das macht es für uns nicht ganz einfach zu sagen, wie wir mit der Anregung umgehen wollen. Ich nenne zwei Beispiele: die Transparenz zum einen und dann die Frage zur Ausführlichkeit zum Beispiel des Geschäftsberichts oder eines Berichts über ein Projekt. Ich denke, wenn wir Transparenz wollen, dann werden wir auch entsprechend ausführlich berichten müssen. Das ist mit Aufwand verbunden und das ist mit Kosten verbunden, aber es liegt in der Natur der Sache. Dem Personal Sorge zu tragen, haben Sie gesagt. Der Gleitzeitsaldo, der auf der einen Seite ansteigt und dann die Frage, welche Stellen eigentlich permanent und welche variabel sind. Variable Stellen, so wie ich es verstehe, da meine ich nicht nur die Lehrstellen oder vielleicht noch die Praktikantenstellen, aber wenn Sie befristete Stellen meinen, dann bin ich mir nicht so sicher, ob das der richtige Weg ist, in unserer Personalpolitik viele befristete Stellen zu schaffen, denn gerade hier gilt dann auch die Sorge gegenüber den Mitarbeitenden. Nur dort sind befristete Stellen allenfalls angesagt, wo eine Aufgabe vorübergehend anfällt. Aber dort, und das ist der grosse Teil unserer Aufgaben, wo wir es mit permanenten, langfristigen Aufgaben zu tun haben, sind befristete Anstellungen absolut nicht sinnvoll. Auch wieder im Sinn, dem Personal Sorge zu tragen. Sie sehen also, wir werden Ihre Anregungen mitnehmen, nicht alle telquel erfüllen können und zum Teil auch nicht wollen, aber wir werden sie sicher diskutieren.

An dieser Stelle aber auch das Anliegen von mir. Sie haben uns jetzt viel gedankt, jetzt möchte ich Ihnen danken. Ich danke Ihnen für all die Fragen, die Sie gestellt haben, für all die Zeit, die Sie investiert haben, Sie haben viel Zeit investiert. Wenn ich den Geschäftsbericht von A bis Z gelesen habe – ich lese pro Stunde vielleicht 30 Seiten – haben Sie 5 Stunden verbraucht damit und dann haben Sie sich noch Gedanken dazu gemacht. Allein mit dem Geschäftsbericht, geschweige denn mit dem Ordner, daher vielen Dank für Ihre Zeit. Und an dieser Stelle natürlich auch unseren Mitarbeitenden der Stadt und der Amtsleiterin und den Amtsleitern herzlichen Dank.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Damit erkläre ich die Beratung als abgeschlossen. Jetzt zum Schluss noch etwas Bewegung, das gefällt der Gesundheitsfachperson, wir kommen nämlich jetzt zur Beschlussfassung.

### **Abstimmung**

Antrag 1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2.1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3.1.1 wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Antrag 3.1.2 wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Antrag 3.1.3 wird einstimmig angenommen.

Antrag 4 wird einstimmig angenommen.

Antrag 4.1 gemäss lachsfarbenem Papier sowie die dazugehörenden Unteranträge werden in globo einstimmig angenommen.

Antrag 5 wird einstimmig angenommen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch 4. Juli 2018 um 18 Uhr statt. Mein Dank geht an Sie für das aktive Mitdiskutieren, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck und an Herbert Vetter und das Team der Stadtkanzlei für die tolle Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche einen schönen Feierabend.

- - -

Schluss der Sitzung: 20:35 Uhr

\*\*\*